

## Bachelorarbeit

<b>Deutscher Titel der Bachelorarbeit</b>	Solidarische Ökonomie zwischen Selbsthilfe und Transformation. Ein Vergleich der Funktionen Solidarischer Ökonomie in Argentinien, Griechenland und Österreich
<b>Englischer Titel der Bachelorarbeit</b>	Solidarity Economy between Self-help and Transformation. Comparing the functions of Solidarity Economy in Argentina, Greece and Austria
<b>Verfasser/in Familiennamen, Vorname(n)</b>	Szelestey, Judith
<b>Matrikelnummer</b>	9471260
<b>Studium</b>	Bachelorstudium Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
<b>Beurteiler/in Titel, Vorname(n), Familienname</b>	ao.Univ.Prof.in Dr.in Luise Gubitzer

Hiermit versichere ich, dass

1. ich die vorliegende Bachelorarbeit selbständig und ohne Verwendung unerlaubter Hilfsmittel verfasst habe. Alle Inhalte, die direkt oder indirekt aus fremden Quellen entnommen sind, sind durch entsprechende Quellenangaben gekennzeichnet.
2. die vorliegende Arbeit bisher weder im In- noch im Ausland zur Beurteilung vorgelegt bzw. veröffentlicht worden ist.
3. diese Arbeit mit der beurteilten bzw. in elektronischer Form eingereichten Bachelorarbeit übereinstimmt.
4. (nur bei Gruppenarbeiten): die vorliegende Arbeit gemeinsam mit Vorname(n), Familienname(n) entstanden ist. Die Teilleistungen der einzelnen Personen sind kenntlich gemacht, ebenso wie jene Passagen, die gemeinsam erarbeitet wurden.

Datum \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

# **Solidarische Ökonomie zwischen Selbsthilfe und Transformation**

Ein Vergleich der Funktionen solidarischer Ökonomie in Argentinien,  
Griechenland und Österreich

## **Bachelorarbeit**

zur Erlangung des akademischen Grades  
BSc (WU)  
der  
Wirtschaftsuniversität Wien

Vorgelegt von:  
Judith Szelestey  
Matrikelnummer: 9471260

Erstbegutachterin:  
ao. Univ. Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Luise Gubitzer

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	<b>2</b>
<b>2</b>	<b>Die begriffliche Aufarbeitung Solidarischer Ökonomie auf verschiedenen Ebenen</b>	<b>4</b>
2.1	Eine theoretische Annäherung an den Begriff „Solidarische Ökonomie“	4
2.2	Das Menschenbild in der Solidarischen Ökonomie	11
2.3	Formen Solidarischer Ökonomie	13
<b>3</b>	<b>Solidarische Ökonomie am Beispiel Argentinien</b>	<b>15</b>
3.1	Die argentinische Wirtschaftskrise 2001 und ihre Wurzeln	15
3.2	Entwicklung solidarökonomischer Initiativen infolge der Krise	17
3.3	Die Selbsthilfefunktion Solidarischer Ökonomie	20
<b>4</b>	<b>Solidarische Ökonomie am Beispiel Griechenland</b>	<b>23</b>
4.1	Die griechische Schuldenkrise 2009	24
4.2	Solidarische Ökonomie in Griechenland einst und heute	26
4.3	Die Funktionen Solidarischer Ökonomie in der griechischen Krise	28
<b>5</b>	<b>Solidarische Ökonomie am Beispiel Österreich</b>	<b>32</b>
5.1	Die Kongresse Solidarische Ökonomie in Österreich und Deutschland	33
5.2	Diskutierte Funktionen Solidarischer Ökonomie am Kongress 2013	35
5.3	Das Transformationspotenzial Solidarischer Ökonomie in der deutschsprachigen Diskussion	37
<b>6</b>	<b>Conclusio</b>	<b>43</b>
<b>7</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>45</b>
7.1	Verwendete Internetquellen	48

# 1 Einleitung

Angesichts der aktuellen Weltwirtschaftskrise stellt sich für viele Menschen die Frage nach einer Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem des 21. Jahrhunderts. Das neue System soll den liberalisierten Märkten Einhalt gebieten und soll den Fokus des Wirtschaftens wieder auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse richten. Solidarische Ökonomie spielt bei dieser Suche nach Alternativen eine wichtige Rolle, denn sie vertritt ein Menschenbild, in dem alle Menschen über universelle Rechte verfügen und in dem die Ökonomie den Menschen dient und nicht umgekehrt. Obwohl es keine einheitliche Definition von Solidarischer Ökonomie gibt, so stellen die meisten solidarökonomisch wirtschaftenden Initiativen den Anspruch, sich vom kapitalistischen Denken mit Konkurrenz, Individualismus und Gewinnstreben abzugrenzen und Ökonomie mit Werten wie Gemeinschaft, Solidarität und Nachhaltigkeit zu versehen.

In Lateinamerika, woher auch der Begriff „Solidarische Ökonomie“ stammt, waren solidarökonomische Initiativen u.a. als gemeinschaftliche Selbsthilfe und Versorgung in wirtschaftlichen Krisenzeiten organisiert und stellten für die Bevölkerung eine wichtige Möglichkeit dar, ihre unmittelbaren Bedürfnisse zu befriedigen.

Auch in Europa haben Teile der Solidarischen Ökonomie, wie die Genossenschaftsbewegung, eine lange Tradition. Diverse Initiativen erfüllen für die teilnehmenden Menschen auf verschiedenste Art und Weise eine Selbsthilfefunktion in Feldern, wo Markt oder Staat keine ausreichende Versorgung mehr bereitstellen. Solidarische Ökonomie stellt also in wirtschaftlichen Krisenzeiten eine alternative Form des Wirtschaftens dar, der sich Menschen, die vom kapitalistischen Wirtschaftssystem enttäuscht sind, vermehrt zuwenden.

Gleichzeitig erheben solidarökonomische Initiativen und TheoretikerInnen der Solidarischen Ökonomie vielfach den Anspruch, nach und nach eine echte Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftssystem darzustellen und unser derzeitiges Wirtschaftssystem in Richtung eines menschlicheren, solidarischeren Systems umzuwandeln. Diese Funktionen Solidarischer Ökonomie sollen in der folgenden Arbeit anhand dreier Länderbeispiele aufgezeigt werden. Es soll weiters verglichen werden, ob es zwischen den Ländern Unterschiede gibt, welche Funktion Solidarischer Ökonomie für die darin aktiven Menschen, aber auch für die TheoretikerInnen im Vordergrund steht.

Das erste Mal in Kontakt mit Solidarischer Ökonomie bin ich bereits beim Erstellen meiner ersten Bachelorarbeit 2010 im Studiengang ‚Soziale Arbeit‘ an der FH Campus Wien gekommen. In dieser Arbeit habe ich mich mit der Verschuldungskrise der Länder des Südens und den Auswirkungen auf Frauen beschäftigt. Auf der WU wurde dann die

Thematik alternativer Wirtschaftsformen in der Lehrveranstaltung ‚Politische Ökonomie und Theoriegeschichte‘ wieder aufgegriffen. Bei der Beschäftigung mit den Ideen der utopischen Sozialisten und mit der aktuellen Diskussion um Solidarische Ökonomie wurde mein Interesse geweckt mich mit dieser Thematik ausführlicher zu beschäftigen. So folgte der Entschluss Solidarische Ökonomie zum Thema meiner Bachelorarbeit zu machen.

Diese Arbeit wird durch den Versuch eingeleitet, den weit gefassten Begriff Solidarische Ökonomie ein wenig einzugrenzen und darzustellen, wie dieser Begriff von verschiedenen AutorInnen verwendet und abgegrenzt wird (vgl. 2). Es werden dabei unterschiedliche Blickwinkel auf den Begriff Solidarische Ökonomie geworfen. Einer theoretischen Annäherung an den Begriff (vgl. 2.1) folgt eine Darstellung des Menschenbildes in der Solidarischen Ökonomie (vgl. 2.2) und am Schluss des Kapitels werden konkrete Formen Solidarischer Ökonomie vorgestellt (vgl. 2.3).

In den weiteren Kapiteln soll anhand von drei Beispielländern (Argentinien (vgl. 3), Griechenland (vgl. 4) und Österreich (vgl. 5)) das Spannungsfeld Solidarischer Ökonomie zwischen ihrer Selbsthilfefunktion und ihrer Transformationsfunktion untersucht werden. Das Spannungsfeld erstreckt sich dabei zwischen einerseits Solidarischer Ökonomie als gemeinschaftlicher Organisation von Menschen zur akuten Selbsthilfe in Krisensituationen und andererseits dem Anspruch Solidarischer Ökonomie einen nachhaltigen Wandel der Wirtschaftsweise zu bewirken und als Alternative zum Kapitalismus zu dienen.

In den Länderbeispielen wird versucht, sowohl existierende Formen Solidarischer Ökonomie in den einzelnen Ländern darzustellen, als auch die theoretische Auseinandersetzung mit den länderspezifischen Formen Solidarischer Ökonomie abzubilden. Da in Argentinien und in Griechenland Solidarische Ökonomie stark mit Wirtschaftskrisen in Verbindung gebracht wird, liegt der Fokus in den Kapitel 3 und 4 darauf, Solidarische Ökonomie auf ihre Funktionen in wirtschaftlichen Krisensituationen zu untersuchen.

Da es für Österreich an wissenschaftlicher Literatur zu Solidarischer Ökonomie mangelt, bezieht sich das Kapitel 5 auf die österreichischen Kongresse Solidarische Ökonomie und versucht über diesen Weg die Funktionen Solidarischer Ökonomie zu erforschen.

Durch den Vergleich Solidarischer Ökonomie in den drei Beispielländern, soll diese Arbeit der Frage nachgehen, ob es Unterschiede in den Ansprüchen gibt, was Solidarische Ökonomie erfüllen soll und wo Gemeinsamkeiten in den Zielen und Ansprüchen Solidarischer Ökonomie zu finden sind. Darauf aufbauend soll analysiert werden, ob Solidarische Ökonomie eher ein Instrument der akuten Selbsthilfe darstellt, oder ob sie doch über das Potenzial verfügt, eine andere Form des Wirtschaftens breitenwirksam zu ermöglichen und das kapitalistische Wirtschaftssystem schlussendlich abzulösen.

## **2 Die begriffliche Aufarbeitung Solidarischer Ökonomie auf verschiedenen Ebenen**

In dieser Arbeit soll es um Solidarische Ökonomie gehen. Was mit diesem Begriff gemeint ist und was diese Form der Ökonomie von anderen Wirtschaftsweisen abgrenzt ist nicht immer trennscharf bestimmbar.

Um zu verstehen, was Solidarische Ökonomie ist und was sie beinhaltet gibt es verschiedene Herangehensweisen. Zuerst einmal kann der Begriff mit seinen Bestandteilen und seine Verwendung in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung untersucht werden (vgl. 2.1). Dabei können die zentralen Elemente und Prinzipien dieser Art zu wirtschaften sichtbar gemacht werden. Da jeder ökonomischen Theorie ein bestimmtes Menschenbild zugrunde liegt, stellt auch die Untersuchung dieses Menschenbildes eine Möglichkeit dar, ökonomische Theorien zu beschreiben und verschiedene Theorien gegeneinander abzugrenzen (vgl. 2.2). Eine weitere Herangehensweise Solidarische Ökonomie zu betrachten ist, die konkreten Initiativen und Projekte in denen Solidarische Ökonomie gelebt wird, und die sich zu dieser Form des Wirtschaftens zählen, heranzuziehen, um ausfindig zu machen, in welchen Lebensbereichen Solidarische Ökonomie verankert ist (vgl. 2.3).

### **2.1 Eine theoretische Annäherung an den Begriff „Solidarische Ökonomie“**

Im Folgenden soll ein Überblick über die verschiedenen Definitionen Solidarischer Ökonomie, die in der Literatur verwendet werden, gegeben werden, um dann zu versuchen, die zentralen Elemente Solidarischer Ökonomie herauszustreichen, die in den unterschiedlichen Definitionen immer wieder vorkommen.

Solidarische Ökonomie ist als Begriff im deutschsprachigen Raum nicht einheitlich definiert. Unter diesem Terminus können unterschiedliche Unternehmungen und Zusammenschlüsse, wie zum Beispiel genossenschaftliche Betriebe, Tauschkreise, Regionalgeldinitiativen oder ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Kooperativen zusammengefasst werden. All diese unterschiedlichen Initiativen verfügen jedoch auch über Gemeinsamkeiten, die sich zumindest in einer Form des ökonomischen Handelns und in der Verfolgung solidarischer Ziele festmachen lassen (vgl. Voß 2010, 12). In der Solidarischen Ökonomie geht es um ein Verständnis von Wirtschaften, das sich vom kapitalistischen Denken mit Konkurrenz, Individualismus, Gewinnstreben abgrenzt und sich wieder mehr den konkreten Bedürfnissen der Menschen zuwendet.

Ökonomie oder Wirtschaften umfasst dabei sowohl die Allokation, die Produktion und die Verteilung von Gütern sowie die Erbringung und Verteilung von Dienstleistungen. Solidarität

legt den Fokus auf die Gegenseitigkeit des Wirtschaftsverständnisses. Im Besten Falle profitieren alle Beteiligten von einer Wirtschaftsbeziehung.

Seinen Ursprung hat der Begriff „Solidarische Ökonomie“ in Lateinamerika wo der chilenische Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Luis Razeto in den 1980er Jahren bei seinen Untersuchungen der informellen Wirtschaftsstrukturen in der chilenischen Hauptstadt auf Wirtschaftsweisen stieß, die nach dem Verständnis der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht überlebensfähig sein dürften (vgl. Eder 2003, 2). Diese verfügten trotzdem über das Potenzial, bescheidene wirtschaftliche Erfolge, im Sinne des Bestehens am lokalen Markt und der Sicherung der materiellen Existenz, zu erzielen. Razeto definierte daraufhin den „Faktor C“ um die Produktivität der kleinstrukturierten Betriebe und informellen Zusammenschlüsse zu erklären. Der „Faktor C“ setzt sich aus 7 Elementen zusammen, die im Spanischen alle mit dem Buchstaben C beginnen: Companerismo (Freundschaft), Cooperacion (Zusammenarbeit), Comunidad (Gemeinschaft), ComUnion (Einheit in der Vielfalt), Colectividad (Kollektivität), Carisma (Charisma) und Compartir (Teilen) (vgl. Eder 2003, 3). Durch das Vorliegen dieser Faktoren war es selbst für Menschen, die über keine Möglichkeiten verfügten an formellen Wirtschaftsstrukturen teilzuhaben, möglich, so zu wirtschaften, dass sie damit sich und ihre Familien ernähren konnten. Razeto nannte diese Art zu Wirtschaften Solidarische Ökonomie.

Nach Razetos Verständnis wird in der Solidarischen Ökonomie die Trennung zwischen der wissenschaftlich geprägten Ökonomie und dem ethischen Anspruch der Solidarität aufgehoben. Um Solidarische Ökonomie zu ermöglichen, muss Solidarität wieder in das theoretische Verständnis der Ökonomie sowie in alle Prozesse des wirtschaftlichen Handelns eingegliedert werden. Dabei geht Razeto davon aus, dass Solidarität schon vielfältig in Wirtschaftsprozessen vorhanden ist, und nur verstärkt und unterstützt werden muss. Für Razeto ist die Solidarische Ökonomie keine Negation der Marktwirtschaft oder eine Alternative zum Unternehmertum, genauso wenig ist sie jedoch die einfache Reaffirmation dieser. (vgl. Razeto 1999) (vgl. auch Exner 2012, 38) Es geht ihm vielmehr darum, das Verständnis von Wirtschaften zu erweitern und Solidarität, und damit auch einen gewissen ethischen Anspruch, im allgemeinen Ökonomieverständnis zu verwurzeln.

Infolge diverser Wirtschaftskrisen in den 1980er und 1990er Jahren in Lateinamerika gewann die Solidarische Ökonomie und das Wirtschaften in Kooperativen in den betroffenen Ländern zunehmend an Bedeutung. 2003 gründete die Brasilianische Regierung ein eigenes Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie (SENAES)<sup>1</sup>, um solidarökonomische Initiativen und Kooperationen gezielt zu unterstützen und Solidarische Ökonomie als eine Strategie der Entwicklung zu etablieren. Bei der Unterstützung durch das Staatssekretariat ging es nicht

---

<sup>1</sup> Vgl. <http://portal.mte.gov.br/ecosolidaria/a-economia-solidaria/> [16.4.2014]

so sehr um finanzielle Aushilfen sondern vielmehr um die Kartierung, die Sichtbarmachung und Erforschung solidarökonomischer Aktivitäten. Dazu musste eine Definition entwickelt werden, welche wirtschaftlichen Aktivitäten zu Solidarischer Ökonomie gezählt werden können. Nach der Definition der SENAES gibt es vier Merkmale, die Solidarische Ökonomie auszeichnen: ihr Beitrag zum Lebensunterhalt, Selbstverwaltung, Kooperation und solidarische Beziehungen zur Gesellschaft. (vgl. Exner 2012, 39)

Die SENAES-Definition ist in dieser Form einzigartig, weil sie die erste von öffentlicher Seite festgelegte Definition Solidarischer Ökonomie ist. Sie ist aber gleichzeitig auch stark durch die existierenden Formen Solidarischer Ökonomie in Lateinamerika geprägt und gewisse Elemente, wie zum Beispiel die konkrete Betonung der finanziellen Absicherung (Beitrag zum Lebensunterhalt), lassen sich in anderen Definitionen Solidarischer Ökonomie kaum finden.

Eine weitere Definition haben Embshoff/Giegold (2008, 12f) in Folge des ersten Kongresses Solidarische Ökonomie im deutschsprachigen Raum, 2006 in Berlin, entwickelt. Sie definieren Solidarische Ökonomie folgendermaßen:

*„Solidarische Ökonomie bezeichnet Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis der freiwilligen Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen. Das Prinzip der Solidarität steht dabei im Gegensatz zur Orientierung an Konkurrenz, zynischer Eigenverantwortung und Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften. Solidarität in der Wirtschaft bedeutet, sich an den Bedürfnissen der KooperationspartnerInnen zu orientieren.“*

Sie beschreiben damit bereits wesentliche Elemente Solidarischer Ökonomie. So zum Beispiel liegt der Fokus auf menschlichen Bedürfnissen, Kooperation anstatt Konkurrenz sowie auf der Abkehr von der Prämisse der Gewinnmaximierung. Im Gegensatz zur Definition der SENAES heben die AutorInnen den Beitrag zum Lebensunterhalt jedoch nicht hervor. Dies mag auch daran liegen, dass solidarökonomische Initiativen im deutschsprachigen Raum zurzeit Großteils ein Nischendasein fristet, in denen oft auch prekäre Arbeits- und Einkommensverhältnisse herrschen und daher nicht immer automatisch von einer einkommenssichernden Beschäftigung ausgegangen werden kann (vgl. Altvater 2006, 10).

Embshoff/Giegold betonen auch die Schwierigkeit einer genauen Klassifizierung, wer zu Solidarischer Ökonomie dazugezählt werden kann und wer nicht und wo die Grenze zu ziehen ist. Ein allgemeines Verständnis herrscht im deutschsprachigen Raum darüber, dass „bewusst solidarische Ziele mit ökonomischem Handeln verfolgt werden müssen“ (Embshoff/Giegold 2008, 13f), damit von Solidarischer Ökonomie gesprochen werden kann.

In der erst kürzlich erschienenen Dokumentation „Solidarisch Wirtschaften“ des Kongresses Solidarische Ökonomie 2013, wurde ebenso versucht, Solidarische Ökonomie grob einzugrenzen. Dabei wurde, wie auch schon in der Definition von Embshoff/Giegold, die

Orientierung der Solidarischen Ökonomie an menschlichen Bedürfnissen betont. Außerdem wurden folgende Punkte als charakteristisch für Solidarische Ökonomie angeführt: Selbstverwaltung – gemeinsames Treffen von Entscheidungen; Kooperation statt Konkurrenz – Bildung von Netzwerken; ökologisches Wirtschaften – nachhaltige Nutzung von Ressourcen; Gemeinwohl vor persönlichem Profit – Sicherung des Lebensunterhalts und gutes Leben für alle. (vgl. Verein für Solidarische Ökonomie 2013, 138)

Auch diese Definition findet wieder Überschneidungspunkte mit den anderen zwei vorgestellten Definitionen, so zum Beispiel die Prämissen der Kooperation oder der Selbstverwaltung. Einen Aspekt bringt die Definition des Kongresses 2013 neu in die Diskussion mit ein, nämlich den der ökologischen Nachhaltigkeit. Angesichts des Klimawandels und der Diskussion um Nachhaltigkeit in allen ihren Aspekten, spielen die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und der ökologische Umgang mit natürlichen Ressourcen auch in der solidarischen Ökonomie eine zunehmend große Rolle.

Eine weitere Überlegung zur begrifflichen Bestimmung Solidarischer Ökonomie ist, dass die Vielfalt der Definitionen von Solidarischer Ökonomie auch mit deren Selbstverständnis zusammenhängt. In der Solidarischen Ökonomie geht es vielfach um den Abbau von Macht- und Herrschaftsstrukturen. Da die Festsetzung und Vereinnahmung von Begrifflichkeiten auch immer ein Machtinstrument darstellt, wird der Begriff Solidarische Ökonomie möglicherweise bewusst offen gelassen und nicht unnötig eingegrenzt.

Da Solidarische Ökonomie als offener Begriff geführt wird, unterscheiden sich die konkreten Initiativen manchmal in ihrem Selbstverständnis und in ihren Zielen. Die Vergleichbarkeit mag in einzelnen Fällen nur bedingt gegeben sein, jedoch lassen sich auch Gemeinsamkeiten solidarökonomischer Initiativen feststellen, die im Folgenden auszugsweise aufgezählt werden sollen. Dabei wird der Fokus auf die Elemente Solidarischer Ökonomie gelegt, die häufige Erwähnung in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Solidarischer Ökonomie finden.

- **Solidarität:** Unter Solidarität kann Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung verstanden werden. Wobei Voß (2012, 12) betont, dass Solidarität nicht unbedingt uneigennützig ist, sondern durchaus auch egoistisch sein kann, wenn sich durch die gegenseitige Unterstützung die eigenen Ziele leichter verwirklichen lassen. Auch ist Solidarität nicht immer sozial oder emanzipatorisch. So kann Solidarität auch in mafiösen Strukturen oder Korruptionzusammenhängen festgestellt werden. Voß (vgl. ebd.) grenzt Solidarität auch von den Handlungsformen „Wohltätigkeit“ oder „charity“ ab, da es bei Solidarität um gegenseitige Unterstützung und um Handeln zum eigenen Nutzen im Sinne der Gegenseitigkeit geht und nicht um Mildtätigkeit oder selbstloses Handeln.

Altwater (2006,17) sieht in der Solidarität eine wichtige zivilgesellschaftliche Kraft. Solidarität kann nicht „von oben“ verordnet werden sondern sie baut auf gemeinsamen Lebenserfahrungen und einer inneren Verbundenheit auf. Die Solidarität steht dabei dem Prinzip der Äquivalenz (Fokus auf die marktvermittelnden Beziehungen von Individuen) entgegen indem der Fokus auf das gesellschaftliche Kollektiv gelegt wird und unter Bedingungen der Fairness gehandelt wird. Laut Altwater braucht ein Kollektiv, um handlungsfähig zu sein, einen gemeinsamen Erfahrungshintergrund und ein kollektives Gedächtnis. (vgl. Altwater 2006, 17)

Solidarität ist ein Teil des Namens Solidarischer Ökonomie. Somit stellt sie eine Bedingung solidarischen Wirtschaftens dar und wird in allen Definitionen angeführt. manchmal fällt Solidarität dabei auch mit dem Begriff Kooperation zusammen. Sie steht jedenfalls der Verfolgung ausschließlich eigennütziger Ziele sowie Konkurrenz entgegen. Solidarität kann auf globaler Ebene auch heißen, alle Menschen gleichermaßen an wirtschaftlichen Prozessen und Erfolgen teilhaben zu lassen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

- **Demokratie in der Form von Mitbestimmung:** Um dem Prinzip der Solidarität und der Fairness zu entsprechen, darf das gemeinschaftliche Eigentum nicht enteignet werden und die Machtkonzentration an einigen wenigen Stellen muss verhindert werden. Wirksame Instrumente zu dieser Zielerreichung sind demokratische Mitbestimmung und Emanzipation aller Beteiligten. Wie weit die Mitbestimmung reicht und was dabei unter Demokratie verstanden wird, ist von Initiative zu Initiative unterschiedlich. Es können innerhalb der Initiativen oder der Unternehmen VertreterInnen bzw. SprecherInnen gewählt werden, es können Abstimmungen abgehalten werden oder die Entscheidungsfindung basiert auf dem Konsensprinzip. (vgl. Mittendrein 2013, 26)

Ein weiteres zentrales Anliegen vieler Initiativen ist die Herstellung von Gleichberechtigung unter allen Beteiligten. Dabei geht es um die Kritik an und die Durchbrechung von gewachsenen Macht- und Herrschaftsstrukturen (vgl. Mittendrein 2013, 27). Die Gleichstellung kann sich auf Kategorien wie Geschlecht, Ethnie oder Behinderung beziehen und ist in unterschiedlichem Ausmaß in die Zielsetzungen der einzelnen solidarökonomischen Initiativen integriert. Dabei ist anzumerken, dass die Zielsetzungen und die konkrete Umsetzung innerhalb der Initiativen manchmal auseinanderklaffen. So schreibt Voß: „Die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit dürfte eine der großen Herausforderungen Solidarischer Ökonomie sein.“ (Voß 2012, 250) In jedem Fall geht es in der Solidarischen Ökonomie aber darum, Macht- und

Herrschaftsstrukturen aufzuzeigen, zu kritisieren und diese zumindest zu minimieren um eine gleichberechtigte Mitbestimmung zu ermöglichen.

Demokratische Prinzipien und Mitbestimmungsmöglichkeiten werden in den oben angeführten Definitionen nicht explizit erwähnt, sie sind jedoch Voraussetzung dafür, dass Solidarität entstehen kann oder Kooperation gelebt werden kann. Auch die Selbstbestimmung und die Selbstverwaltung erfordern es, dass Entscheidungen gemeinsam getroffen werden.

- **Selbstverwaltung und Selbstbestimmung:** Die Selbstbestimmung soll nicht nur für die Menschen innerhalb der Initiativen ermöglicht werden, sondern auch innerhalb des Wirtschaftssystems soll es ermöglicht werden, dass die Initiativen ihre eigenen Ziele definieren und ihre eigenen Formen des Wirtschaftens entwickeln. Bei der Selbstverwaltung geht es aber auch um die Verfügung über Eigentum, das im Falle Solidarischer Ökonomie der Gemeinschaft und nicht einzelnen Personen gehört. Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit wird dabei zumindest zum Teil aufgehoben. (vgl. Embshoff/Giegold 2007, 13; Mittendrein 2013, 26)

Gubitzer (1989, 16) weist auf drei Prinzipien der Selbstverwaltung hin: das Solidaritätsprinzip, das Identitätsprinzip und das Demokratieprinzip. Beim Solidaritätsprinzip geht es einerseits um die gerechte Verteilung der erwirtschafteten Überschüsse an die Mitglieder, andererseits geht es darum, Überschüsse wieder zu reinvestieren um Arbeitsplätze zu schaffen, damit mehr Menschen in selbstverwalteten Betrieben arbeiten können. Das Solidaritätsprinzip impliziert aber auch, dass die Lohnschere, wenn überhaupt existent, nicht zu weit auseinander klafft. In selbstverwalteten Betrieben gibt es immer eine demokratisch ausgehandelte Obergrenze der Lohnunterschiede zwischen den MitarbeiterInnen.

Beim Identitätsprinzip geht es um die Besitzverhältnisse in selbstverwalteten Betrieben, also wie das Verhältnis von Kapital und Arbeit organisiert wird. Beim Demokratieprinzip geht es um die Mitbestimmungsmöglichkeiten innerhalb selbstverwalteter Betriebe. Mitbestimmen können dabei nur diejenigen Personen, die auch in dem Betrieb arbeiten. Auch die Stimmenaufteilung ist gerecht geregelt, meist hat eine Person auch nur eine Stimme. Diese drei Prinzipien liegen jeder selbstverwalteten Organisation zugrunde.

Die Selbstverwaltung ist eines der Kernelemente Solidarischer Ökonomie und wird in allen vorgestellten Definitionen angeführt. Selbstverwaltung bezieht sich dabei auf das Verfügen über Eigentum und Produktionsmittel, die im Falle Solidarischer

Ökonomie weder vom Staat noch von einigen wenigen besessen und verwaltet werden, sondern sich im Eigentum des Kollektivs befinden.

- **Abkehr von der Gewinnmaximierung:** Ziel des Wirtschaftens ist in der Solidarischen Ökonomie nicht die Erzielung eines Finanzgewinns, sondern die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bzw. das Stiften von Nutzen. Eventuell erwirtschaftete Gewinne werden innerhalb der Initiative demokratisch aufgeteilt oder für die Ziele des jeweiligen Projektes verwendet, dienen also der Gemeinschaft (vgl. Mittendrein 2013, 26) Diese Eigenschaft Solidarsicher Ökonomie wird zum Beispiel in der Definition von Embshoff/Giegold explizit angeführt aber auch in der Definition des Kongresses 2013 durch die Orientierung am Gemeinwohl.
- **Freiwilligkeit:** Die Teilnahme und Mitgliedschaft in Solidarökonomischen Initiativen basiert auf Freiwilligkeit und nicht auf Zwangsstrukturen oder im Rahmen von staatlichen Hilfsprogrammen. (vgl. Embshoff/Giegold 2007, 13; Mittendrein 2013, 27)
- **Neudefinition von Arbeit:** Vielfach wird in solidarökonomischen Initiativen ein anderes Verständnis von Arbeit gelebt. Arbeit ist kollektiv organisiert und soll Sinn stiften. Auch wird die Definition von Arbeit, die im allgemeinen Verständnis nur bezahlte Erwerbsarbeit umfasst, vielfach erweitert. In Konzepten der Tauschökonomie oder der Umsonstökonomie wird die Bindung von Arbeit an Entlohnung aufgehoben. Im Sinne der Gleichberechtigung geht es in manchen Initiativen auch darum, die unterschiedliche Wertigkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit aufzuheben. (vgl. Mittendrein 2013, 28f; Voß 2010, 17f)
- **Kritischer Umgang mit Geld, gerechte Lohngestaltung:** Auch der Umgang mit Geld wird in vielen Initiativen anders gestaltet als in konventionellen kapitalistischen Unternehmen. In manchen Initiativen wird versucht, ganz von dem Tauschmittel Geld wegzukommen und Wirtschaft über direkten Tausch, Zeit oder andere alternative Währungen zu organisieren. Jedenfalls erfolgt die Entscheidung über die Geldmittelverwendung demokratisch und nach den Prinzipien der Bedürfnisorientierung und der Solidarität (vgl. Mittendrein 2013, 29).

Auch bezüglich der Löhne wird in der Solidarischen Ökonomie versucht, ein hohes Maß an Gerechtigkeit durchzusetzen. Wenn überhaupt existent, gibt es Großteils sehr flache Lohngefälle. In gemeinschaftlichen Wohn- und Arbeitsformen wird erwirtschaftetes Geld oft mit gleichem Zugang für alle Mitglieder kollektiv verwaltet. Dadurch wird auch die Unterscheidung in der Wertigkeit zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit aufgehoben.

- **Nachhaltigkeit/Ökologie:** Um auch allen zukünftigen Generationen von Menschen gegenüber solidarisch zu sein, braucht es in der Solidarischen Ökonomie zukunftsorientiertes und vorausschauendes Handeln. Gewirtschaftet wird nach den Prinzipien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit um natürliche und menschliche Ressourcen nicht auszubeuten und auch auf lange Sicht zu erhalten. (vgl. Mittendrein 2013, 28)

Nicht alle der oben genannten Grundsätze Solidarischer Ökonomie werden in allen solidarökonomischen Initiativen vertreten und diese nehmen auch nicht immer denselben Stellenwert ein. Letztlich bleibt es den Initiativen selbst überlassen, zu bestimmen, ob sie sich zur Solidarischen Ökonomie zählen oder nicht. Diese Offenheit des Begriffes Solidarische Ökonomie birgt einerseits die Gefahr, in völlige Beliebigkeit abzurutschen, wo nicht mehr klar erkennbar ist, was Solidarische Ökonomie eigentlich ausmacht. Andererseits kann darin auch ein, durchaus mit den Grundsätzen Solidarischer Ökonomie vereinbares Konzept ausgemacht werden, in dem es darum geht, Machtstrukturen und Hierarchien abzubauen und somit auch die Macht der Begriffsdefinition nicht von Einzelnen übernehmen zu lassen. Die Initiativen müssen also in ihrem Selbstverständnis selbst abwägen, ob sie sich mit ihren Grundsätzen mehr oder weniger zu Solidarischer Ökonomie zählen. Dabei kommt es zwischen den einzelnen Initiativen durchaus auch zu ideologischen Auseinandersetzungen und teilweise zu Abgrenzungsversuchen (vgl. Embshoff/Giegold 2008, 12).

Eine Herausforderung ergibt sich durch die offene Begriffsführung Solidarischer Ökonomie bei der Vertretung und Legitimation nach außen. Durch das uneinheitliche Begriffsverständnis ist es schwer, nach außen (an die Bevölkerung, an staatliche VertreterInnen) zu kommunizieren, was Solidarische Ökonomie ausmacht und worin ihre Wichtigkeit besteht. So zeigt sich, dass eine eindeutige Begriffsbestimmung und begriffliche Abgrenzung notwendig wird, sobald Solidarische Ökonomie durch den Staat unterstützt wird. Brasilien ist bisher das einzige Land, das ein Staatssekretariat für Solidarische Ökonomie eingerichtet hat, das die Aufgabe hat, solidarökonomische Strukturen im Land zu untersuchen und zu fördern. Um die zu unterstützenden Initiativen auszumachen, mussten konkrete Kriterien aufgestellt werden, was unter Solidarischer Ökonomie zu verstehen ist, die bereits weiter oben beschrieben wurden.

## 2.2 Das Menschenbild in der Solidarischen Ökonomie

Wenn man in der Ökonomie von einem sozialwissenschaftlichen Zugang ausgeht, ist es wesentlich, ökonomischen Theorien ein Menschenbild zugrunde zu legen. Bei ökonomischen Aktivitäten wie kaufen, verkaufen, tauschen, arbeiten und produzieren geht es um soziale Tätigkeiten. Ökonomische Theorien können also nicht abstrakt von jeglichem Einfluss

menschlicher Eigenschaften betrachtet werden, da sie immer auf einer bestimmten Vorstellung aufbauen, wie Menschen handeln und nach welchen Prinzipien sie sich verhalten. (vgl. Klawatsch-Treitl 2009, 76)

Bei der Untersuchung ökonomischer Theorien ist es daher zentral, die zugrunde gelegten Menschenbilder aufzudecken und mitzudenken. Dabei muss allerdings darauf geachtet werden, Menschenbilder auch in einen gesellschaftlichen, zeitlichen und regionalen Kontext zu stellen (vgl. ebd.).

Im neoliberalen Kapitalismus wird das Menschenbild vom, in den letzten Jahren viel diskutierten und kritisierten „homo oeconomicus“ verkörpert. Der „homo oeconomicus“ stellt dabei einen meist männlichen Menschen mittleren Alters dar, der von egoistischen Motiven geleitet wird und dessen einziges Ziel seine Nutzenmaximierung ist. Er ist dabei abgekoppelt von Eigenschaften wie Zuneigung, Fürsorge, Solidarität oder Mitgefühl. Der „homo oeconomicus“ steht als autonomer, völlig informierter Mensch und unabhängig von jeglichen sozialen Zusammenhängen dem Markt ständig zur Verfügung. (vgl. Gubitzer 2007, 41f)

In der Solidarischen Ökonomie wird versucht, diesem einseitigen Menschenbild ein Pendant entgegenzusetzen. Es wird davon ausgegangen, dass eine größere Anzahl an menschlichen Eigenschaften existiert und menschliches Handeln nicht nur durch egoistische und eigennützige Motive bestimmt ist. Für die Menschen in der Solidarischen Ökonomie zählen vielmehr Werte wie Gleichheit, Solidarität, Kooperation und die Orientierung am Gemeinwohl (vgl. Voß 2008, 63; Mittendrein 2013, 28).

Das Menschenbild ist dabei eines, in dem die universellen Menschenrechte gewahrt werden, damit alle Menschen Zugang zu dem haben was sie für ein gutes Leben benötigen (vgl. Voß 2010, 14). Die Menschen und ihre Bedürfnisse stehen also im Mittelpunkt ökonomischen Handelns. Voß (2010, 16) bezeichnet den Menschen in der Solidarischen Ökonomie als „Homo Cooperativus“.

Mittendrein (2013, 34) ordnet Solidarische Ökonomie in einem erweiterten Wirtschaftsmodell dem Dritten Sektor, und dort der Sphäre der NPOs zu, da solidarökonomische Projekte nicht auf Profit ausgerichtet sind. Der Mensch wird, laut Gubitzer (2007, 58), im Sektor der NPOs als ganzheitliches Wesen und in all seinen Dimensionen gesehen. Durch die Betrachtung der Menschen als selbstverantwortliche und sich selbst organisierende BürgerInnen können jedoch auch Risiken des Markt- und Staatsversagens auf die Individuen abgewälzt werden. (vgl. ebd.)

Mittendrein (2013, 35f) macht auch Bezugspunkte der Solidarischen Ökonomie zum Haushaltssektor aus. Dort ist das Menschenbild einerseits das, eines von anderen Menschen abhängigen Wesens. Andererseits wird der Mensch im Haushaltssektor als

Beziehungswesen wahrgenommen, das sowohl menschliche Beziehungen als auch abstrakte Beziehungen (Tauschbeziehungen, Vertragsbeziehungen) einght und dieser bedarf (vgl. Gubitzer 2007, 43ff).

## **2.3 Formen Solidarischer Ökonomie**

Auch wenn sich die begriffliche Eingrenzung Solidarischer Ökonomie als nicht so einfach und nicht immer eindeutig herausstellt, so gibt es doch ganz konkrete Beispiele, wo Solidarische Ökonomie in der Praxis erprobt und durchgeführt wird. Um zu verdeutlichen, wie und wo Solidarische Ökonomie in der Praxis gelebt wird und welche Formen des Wirtschaftens zu Solidarischer Ökonomie gezählt werden können, wird im Folgenden, in Anlehnung an Embshoff/Giegold (2008, 226f), Voß (2010, 25ff) und Mittendrein (2013, 36ff), eine grobe Einteilung und Auflistung der unterschiedlichen Möglichkeiten, solidarökonomisch zu wirtschaften, gemacht. Diese Auflistung erhebt jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

- **Erwerbsarbeit:**
  - Genossenschaften
  - Belegschaftsübernahmen, selbstverwaltete Betriebe
  - Kooperativen
  
- **Wohnen:**
  - Wohnungsgenossenschaften
  - Wohnprojekte
  - Kommunen
  - Wagenplätze
  - Ökodörfer
  
- **Lebensmittel/Konsum:**
  - ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Kooperativen
  - Konsumgenossenschaften
  - Food-Coops
  - Community-Supported-Agriculture
  - Volkküchen
  - Community-Gardening, Interkulturelle Gärten
  - Car-sharing, Nutzungsgemeinschaften
  - Gemeinschaftliche Werkstätten
  - Gratisökonomie

- **Wasser/Energie:**
  - Wassergenossenschaften, Energiegenossenschaften
  - BürgerInnensolarprojekte
- **Geld/Finanzen:**
  - Tauschringe
  - Regionalwährungen
  - Lokale Banken
- **Kultur/Medien:**
  - Bildungskollektive, alternative Schulen und Kindergruppen
  - Medienkollektive, selbstorganisierte Medien, Verlage, Druckereien
  - Soziokulturelle Zentren
- **Globale Initiativen:**
  - Fairer Handel
  - Grenzüberschreitende Kooperativen
  - Solidarische Entwicklungszusammenarbeit

Die Aufzählung zeigt, dass Solidarische Ökonomie nicht nur den Bereich der Erwerbsarbeit umfasst, sondern, dass auch andere Bereiche des Lebens, wie Wohnen oder Konsum, solidarisch gestaltet werden können. Dadurch ist erkennbar, dass es bei solidarischem Wirtschaften nicht nur um eine Neudefinition von Erwerbsarbeit geht, sondern, dass ein grundsätzlicher Wertewandel notwendig ist, der die oben beschriebenen Elemente beinhaltet (vgl. 2.1) und der sich auch in einem erweiterten Verständnis von Wirtschaften zeigt.

Dabei sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die einzelnen Projekte und Initiativen selbst durch ihre Definition entscheiden, ob sie zu Solidarischer Ökonomie gezählt werden wollen und welche Elemente solidarischen Wirtschaftens sie schließlich auch umsetzen (vgl. Voß 2012, 248).

Auch die globale Solidarität kommt in den grenzüberschreitenden solidarischen Wirtschaftsaktivitäten zum Ausdruck. In einer globalisierten Welt reichen lokale solidarökonomische Aktivitäten nicht mehr aus um eine systemtransformierende Funktion zu übernehmen, sondern es bedarf einer globalen Vernetzung, um eine alternative Form des Wirtschaftens, abseits kapitalistischer Logiken, zu etablieren (vgl. Altvater 2006, 14).

Im den folgenden Kapiteln sollen nun solidarökonomische Aktivitäten in ausgewählten Ländern dargestellt und auf ihre Funktionen hin untersucht werden. Die Formen Solidarischer Ökonomie, die sich in den einzelnen Ländern finden lassen, sind teilweise unterschiedlich und umfassen nicht immer das gesamte Spektrum der hier aufgezählten Tätigkeitsbereiche.

### **3 Solidarische Ökonomie am Beispiel Argentinien**

Wie schon im zweiten Kapitel beschrieben, stammt die Bezeichnung „Solidarische Ökonomie“ aus dem lateinamerikanischen Raum. Dort haben solidarökonomische Aktivitäten in der geschichtlichen Entwicklung sowie bei der Bekämpfung der hohen Auslandsverschuldung gekoppelt mit Wirtschaftskrisen, für die Bevölkerung zur Deckung ihrer täglichen Bedürfnisse eine große Rolle gespielt.

Im Folgenden sollen solidarökonomische Aktivitäten in dieser Region am Beispiel Argentiniens dargelegt werden und auf ihre Positionierung im Spannungsfeld zwischen Selbsthilfe und Transformation hin untersucht werden. Dabei wird ein spezieller Fokus auf die Bildung und den Ausbau solidarökonomischer Initiativen infolge der argentinischen Wirtschaftskrise 2001 gelegt.

#### **3.1 Die argentinische Wirtschaftskrise 2001 und ihre Wurzeln**

Argentinien kann, auch was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft, auf eine von starken Umbrüchen gekennzeichnete Geschichte zurückblicken.

Als einstige spanische Kolonie erreichte Argentinien zwar 1810 die Unabhängigkeit, blieb dann aber wirtschaftlich stark abhängig von Großbritannien. So mussten sie zum Beispiel Kohle aus Großbritannien importieren, obwohl sie selbst über ausreichend Vorkommen verfügten, jedoch nicht über die notwendige Industrie oder Technologien zum Abbau. Obwohl die Prosperität des Landes Anfang des 20. Jahrhunderts groß war, schaffte es Argentinien nie, eine tragfähige industrielle Struktur aufzubauen, die mit der internationalen Konkurrenz mithalten konnte. (vgl. Habermann 2004, 25)

1976 kam es in Argentinien zu einem gewaltsamen Militärputsch und anschließend zu einer sieben Jahre dauernden Militärdiktatur. Die Diktatur wurde finanziell nicht nur von der wohlhabenden Elite des Landes unterstützt, sondern auch mit Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF). In der Zeit der Diktatur stieg die Auslandsverschuldung auf das Fünffache an. Gleichzeitig verfolgte Argentinien in dieser Zeit eine stark neoliberale Ausrichtung der Wirtschaftspolitik mit der Liberalisierung des Außenhandels und der Öffnung der Kapitalmärkte. Altvater nannte Argentinien sogar ein „Musterland des Neoliberalismus“ (Habermann 2004, 26).

Nach Beendigung der Diktatur 1983 wurde der neoliberale Kurs der Regierung fortgesetzt. Nicht zuletzt, da der IWF dem Land im Rahmen von Strukturanpassungsprogrammen strikte Auflagen zur Handelsliberalisierung und zur Privatisierung von Staatsbetrieben vorlegte. „Das Land war bankrott, die unter Präsident Raúl Alfonsín eingeführten Sozialprogramme konnten nicht finanziert werden. (...) Die Privatisierung von Staatsunternehmen begann, die

Ausgaben für Bildung und Gesundheit wurden zurückgefahren, Deregulierung und Liberalisierung weiter vorangetrieben.“ (Habermann 2004, 27) Der IWF riet der argentinischen Regierung, den Peso 1:1 an den Dollar zu binden, was diese 1991 auch tat. Dieser fixe Wechselkurs verschaffte Kapitalanlegern größere Sicherheiten, die Teuerungen der Importgüter im Vergleich zu den Produkten anderer Volkswirtschaften waren jedoch für die exportorientierte argentinische Wirtschaft fatal. (vgl. ebd., 31)

Während der Regierung des Präsidenten Menem in den 1990er Jahren kam es zu umfassenden Privatisierungen und inländische Unternehmen wurden zu niedrigen Preisen an ausländische Investoren verkauft. Viviana Uriona (2007, 49) schreibt in diesem Zusammenhang sogar von einer „Verschrottung“ des Staates. Die Umsetzung des „Washington Consensus“<sup>2</sup> und somit die Orientierung an neoliberalen wirtschaftspolitischen Prämissen, wurde zum politischen Leitbild erhoben.

Durch die Liberalisierung der Kapitalmärkte kam es zu einer Kapitalflucht, während sich Argentinien gleichzeitig zu hohen Zinsen weiter im Ausland verschulden musste (vgl. Uriona 2006, 88). Die Auslandsverschuldung Argentiniens stieg sowohl während der Diktatur (um 364%) als auch unter der Menem-Regierung (um 123%) drastisch an (vgl. Uriona 2007, 50). Sie betrug 2000 148 Milliarden US\$ (vgl. ebd., 51). Gleichzeitig stagnierte das BIP Argentiniens in den 1990er Jahren und fiel sogar stellenweise, was die Auslandschuldenquote Argentiniens in diesem Zeitraum kontinuierlich ansteigen ließ (vgl. Oberhuemer 2010, 37f) und es für das Land zusehends unmöglicher machte seinen Schuldendienst zu begleichen.

Auch Korruption und die Veruntreuung von Geldern innerhalb des Staatsapparates spielten eine Rolle bei der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Landes (vgl. Uriona 2007, 51). Die hohe Auslandsverschuldung gekoppelt mit einer stagnierenden Wirtschaftsleistung und einer Währungskrise aufgrund der Peso-Dollar-Bindung führte schließlich 2001 zur Erklärung des Staatsbankrottes.

Nachdem die Gewährung eines neuerlichen Kredites vom IWF verweigert wurde, und immer mehr Kapital ins Ausland transferiert wurde, ließ der argentinische Wirtschaftsminister am 31. November 2001 die Sparkonten der BürgerInnen einfrieren und es durfte monatlich nur noch ein bestimmter Betrag (1000 Peso) abgehoben werden. Während es schon in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre immer wieder Proteste gegen die Sparmaßnahmen gegeben hatte, spitzte sich die Lage im Dezember des Jahres 2001 zu und gipfelte in einem

---

<sup>2</sup> Als Washington Consensus wird eine bestimmte wirtschaftspolitische Ausrichtung bezeichnet, die von John Williamson als Empfehlung für die Wirtschaftspolitik Lateinamerikas formuliert wurde und viele neoliberale Bestandteile enthält. Sie beinhaltet u.a. Handelsliberalisierung, Privatisierung und Deregulierung sowie Liberalisierung der Finanzmärkte. (vgl. Williamson 2008, 16f)

großen Protest am 19. Und 20. Dezember, bei dem Tausende Menschen in Buenos Aires auf die Straße gingen und damit die verhängte Ausgangssperre ignorierten. (vgl. Habermann 2004, 12)

Die Leidtragenden der krisenhaften Entwicklungen in Argentinien waren vor allem die Mittelschicht und die ärmere Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober 2000 bereits bei 14,7% und stieg im Mai 2002 noch einmal kräftig auf 21,5% an. Auch die Unterbeschäftigtenquoten<sup>3</sup> stiegen in diesem Zeitraum von 14,6% 2000 auf 18,6% 2002 (vgl. Uriona 2006, 86). Die Anzahl der von Armut betroffenen Menschen wurde 2001 auf 14 Millionen Menschen geschätzt. Davon galten 5 Millionen als „absolut“ arm, also so arm, dass sie nicht einmal den nötigen Grundbedarf an Nahrung abdecken konnten (vgl. Habermann 2004, 24). Dabei ist auch festzuhalten, dass sich nicht nur die Anzahl der Armutsbetroffenen Menschen erhöht hat, sondern, dass auch die Schere zwischen Arm und Reich stark auseinander gegangen ist und sich eine große soziale Ungleichheit im Land zeigte. (vgl. Habermann 2004, 31f).

Wie die obigen Ausführungen zeigen, können die Ursachen der argentinischen Wirtschafts- und Währungskrise von 2001 nicht auf eine einzige Entwicklung reduziert werden. Es war eine Vielzahl von kombinierten Ereignissen und Entwicklungen, die schließlich zum Ausbruch der Krise 2001 geführt haben. Boris/Tittor betonen jedoch:

„Der Triumph neoliberaler ökonomischer Ideen ist der Hauptschuldige; ohne den blinden Glauben der argentinischen kulturellen und politischen Eliten an den Globalisierungsfundamentalismus hätte die argentinische Tragödie nicht entstehen können. Die Krise war nicht nur durch korrupte Regierungen und schlechte Politiker hervorgebracht worden, sondern auch durch den Mythos der Souveränität des Marktes, (...) der die ungezügelter Umsetzung der neoliberalen Reformen in den 1990er Jahren legitimierte.“ (Carranza zit. in: Boris/Tittor 2006, 46f)

### **3.2 Entwicklung solidarökonomischer Initiativen infolge der Krise**

Durch den großen Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut – 2002 war fast jede/r Vierte ohne Arbeit und fast die Hälfte der ArgentinierInnen lebten unter der Armutsgrenze (vgl. Habermann 2004, 24) – waren viele Menschen gezwungen, ihren täglichen Bedarf an Lebensnotwendigem für sich und ihre Familien zu sichern. Da Argentinien ein großes Budgetdefizit hatte, war von staatlicher Seite keine Unterstützung, vor allem nicht in ausreichendem Maße, zu erwarten.

---

<sup>3</sup> Uriona definiert als Unterbeschäftigte jene Menschen, die bereit wären zeitlich mehr zu arbeiten bzw. zusätzliche Beschäftigung suchen. (vgl. Uriona 2007, 52)

Die Menschen taten ihren Unmut über die Situation nicht nur in Form von Straßenprotesten („Kochtopfdemonstrationen“<sup>4</sup>) und blockierten Straßen (vgl. zur Arbeitslosenbewegung der „Piqueteros“: Uriona 2007, 69ff) kund, sondern sie organisierten sich auch, um ihr Überleben für die Zeit der Wirtschaftskrise zu sichern. Im Zusammenhang mit Solidarischer Ökonomie sind dabei die „empresas recuperadas“, die wiedergewonnenen Unternehmen/Fabriken, bekannt geworden.

Wiedergewonnen wurden die Fabriken dadurch, dass diese nach der Insolvenzerklärung oder teilweise auch nach der Verstaatlichung, von der Belegschaft besetzt wurden und die Produktion selbstverwaltet von dieser wieder aufgenommen wurde. (vgl. Uriona 2007, 65)

Die Bewegung der Fabriksübernahmen hatte ihren Ursprung bereits in den 1990er Jahren. Während der Krise 2001 stellte sie eine zentrale Form der Selbstorganisation dar und entwickelte sich in dieser Zeit zu einer nationalen Bewegung (vgl. Uriona 2007, 66). Während es bei früheren Besetzungen der Betriebe häufig um die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen oder höherer Löhne ging, so ging es bei den Besetzungen infolge der Wirtschaftskrise 2001 allein um die Erhaltung der Arbeitsplätze und somit des Einkommens (vgl. Hille 2009, 19).

Während die Besetzungen zu Beginn oft von gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei begleitet waren, so fanden sie doch auch unter einer gewissen staatlichen Duldung statt. Die vorübergehende Enteignung durch die Belegschaft musste üblicherweise alle zwei Jahre neu vom Staat beantragt werden. In dieser Zeit sollte von den ArbeiterInnen das Geld für überlassene Gerätschaften und Gebäude aufgebracht werden und die Schulden für diese zurückbezahlt werden. (vgl. Boris/Tittor 2006, 87)

2004 wurde ein Gesetz zur Verstaatlichung verabschiedet, das der Belegschaft nach der staatlichen Enteignung der Maschinen deren kostenlose Übernahme ermöglichte und die besetzten Grundstücke mit einer Hypothek belastete, die ab dem dritten Jahr der Belegschaftsübernahme innerhalb von 20 Jahren zurückgezahlt werden konnte. Dieses Gesetz zur Verstaatlichung und zur Freigabe der Unternehmen an die ArbeiterInnen hat es den Belegschaften ermöglicht weitgehend autonom zu agieren und nicht mehr auf die vorübergehenden Bewilligungen des Staates angewiesen zu sein. (vgl. Uriona 2007, 67)

Viele der besetzten Betriebe haben in den Jahren 2002/03 eine andere Rechtsform angenommen um formale Kriterien, z.B. für die Kreditgewährung, zu erfüllen und bestehende KundInnen nicht zu verlieren. Die meisten davon sind Kooperativen geworden. 2003 wurden in Argentinien 98 besetzte Betriebe gezählt, wovon 73 Kooperativen waren, 8 eine

---

<sup>4</sup> So werden die Demonstrationen im Dezember 2001, vorwiegend in Buenos Aires genannt, da viele Menschen bei den Demonstrationen Kochgeschirr zur Lärmerzeugung verwendeten.

Mischform, 5 noch nicht definiert waren und zu den 12 weiteren keine Angaben gemacht wurden (vgl. Uriona 2007, 66).<sup>5</sup>

Die besetzten Betriebe waren über das ganze Land verteilt, und zu Beginn kaum miteinander vernetzt. Im Jahr 2000 bildeten sich dann die ersten überregionalen Netzwerke heraus, die sowohl zum Informations- und Erfahrungsaustausch dienten, als auch politische Vertretungsarbeit und technische Unterstützung leisteten. Der bekannteste dieser Dachverbände ist MNER, dem 2005 60 besetzte Betriebe angehörten. (vgl. Boris/Tittor 2006, 86f)

Durch die Besetzung der Betriebe und die Fortführung der betrieblichen Produktion kam es unter der Belegschaft nicht nur zu Reorganisations- sondern auch zu Demokratisierungsprozessen. Regelmäßig einberufene Basisversammlungen dienten dem Informationsaustausch und stellten eine Plattform für die gemeinsame Entscheidungsfindung dar. Auch die Lohnunterschiede zwischen den Arbeitenden waren in den besetzten Betrieben sehr gering oder nicht existent und zeugten somit von einem hohen Maß an Solidarität. (vgl. Geiger 2006, 97) Die geringen Lohnunterschiede sind im Solidaritätsprinzip der Selbstverwaltung (vgl. 2.1) enthalten und machen somit sichtbar, dass es sich bei den Betriebsbesetzungen um eine solidarische Form des Wirtschaftens handelt.

Außerdem waren an viele besetzte Betriebe auch zusätzliche Kommunikationsräume, wie Kulturzentren oder Cafeterias angehängt, die eine zusätzliche Vernetzung der Menschen ermöglichten (vgl. Boris/Tittor 2006, 87). Gegenüber anderen besetzten Betrieben herrschte zwar über die Dachverbände eine Kultur des Erfahrungsaustausches, die wirtschaftliche Kooperation zwischen den besetzten Betrieben war jedoch verschwindend gering (vgl. ebd, 89). Stattdessen versuchten die meisten Betriebe am Markt zu bestehen, was für viele schwierig zu bewerkstelligen war. Manche der besetzten Betriebe wiesen nach einiger Zeit auch wieder kapitalistische Strukturen, wie erhöhte Wochenarbeitszeiten, kurzzeitige Arbeitsverträge oder Kündigungen auf. Boris/Tittor (2006, 89) betonen, dass die Bewegung ihren Fokus eher auf den politischen Kampf für Enteignung richtete, anstatt darauf, wettbewerbsfähige ökonomische Strukturen aufzubauen.

Eine weitere Form Solidarischer Ökonomie in der Zeit nach der argentinischen Wirtschaftskrise stellte die Bildung von Tauschkreisen, auch Tauschringe genannt, dar. Die ersten Tauschkreise wurden bereits 1995 gegründet, vorwiegend um Produkte, die in den eigenen Gärten angebaut wurden zu tauschen. Während der Krise nahm die Neugründung

---

<sup>5</sup> Auf die Schwierigkeit genaue Zahlen zu besetzten Betrieben und deren Rechtsformen anzugeben, weisen mehrere AutorInnen hin (vgl. Uriona 2007, 66; Boris/Tittor 2006, 87). Da die Definitionen, was unter einem besetzten Betrieb zu verstehen ist, unterschiedlich sind, variieren die Zahlen in der Literatur hierzu.

von und die Beteiligung in Tauschkreisen stark zu. Zählten die Tauschkreise 1996 noch 1.000 Mitglieder, so waren es 2001 bereits 500.000 Mitglieder (vgl. Boris/Tittor 2006, 93). Die Tauschkreise waren teilweise miteinander vernetzt und verfügten eine Zeit lang über eine gemeinsame Währung (Creditos). Sie stellten für viele Menschen eine Möglichkeit dar, sich auch abseits der formellen Ökonomie mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Für Andere boten sie eine Möglichkeit ihre Güter und Dienstleistungen anzubieten, die sie in der formellen Ökonomie, auch durch die gesunkene Kaufkraft infolge der Krise, nicht mehr absetzen konnten.

Die Tauschmärkte scheiterten jedoch schließlich an der exponentiellen Zunahme ihrer Mitglieder. Diese führte zu unüberblickbaren Strukturen und auch dazu, dass innerhalb der Tauschwährung immer mehr Falschgeld auftauchte. An den Versammlungen der Tauschringe nahmen nur die wenigsten NutzerInnen teil und auch das Warenangebot wurde immer unausgewogener. Während gebrauchte Kleidung und Haushaltswaren im Überfluss vorhanden waren, wurden frische Lebensmittel immer knapper (vgl. ebd.). Dies führte dazu, dass nach der Stabilisierung der argentinischen Währung und der allgemeinen Wirtschaftssituation des Landes 2003 die Beteiligung an dieser Form Solidarischer Ökonomie stark zurückging und sich Tauschringe nur noch vereinzelt und eher innerhalb der sozialen Mittelschicht finden ließen (vgl. Uriona 2006, 89).

### **3.3 Die Selbsthilfefunktion Solidarischer Ökonomie**

Wie die in 3.2 dargestellte Entwicklung zeigt, wurde Solidarische Ökonomie in Argentinien also von den Menschen als eine Strategie der Selbsthilfe in Zeiten finanzieller Not erkannt und genutzt. Auch wenn gewisse solidarökonomische Aktivitäten oder Ideen bereits vor 2001 in Argentinien existent waren, so war doch während der Zeit der Wirtschaftskrise zwischen 2001 und 2003, sowohl zahlenmäßig aber auch was die Relevanz in der Bevölkerung betrifft ein großer Zuwachs zu erkennen. Da von staatlicher Seite nicht mit ausreichender Unterstützung gerechnet werden konnte, waren viele Menschen darauf angewiesen, sich selbst zu organisieren und ihre Arbeitsplätze zu erhalten oder sich auf Tauschmärkten mit Gütern zu versorgen. Menschen, die sich in solidarökonomischen Initiativen engagierten, taten dies meist aus einer individuellen Notsituation heraus und nicht so sehr aus strategischen oder ideellen Überlegungen in Richtung der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Während man sich zu früheren Zeiten in Argentinien als ArbeiterIn darauf verlassen konnte, dass bei Schließung der Fabrik der Arbeitsplatz anderswo gesichert wurde, so verschwand diese Sicherheit in den 1990er Jahren. Wer also nicht von der unsicheren und völlig unzureichenden staatlichen Arbeitslosenunterstützung abhängig sein wollte, war gezwungen

sich selbst zu organisieren und einen Arbeitsplatz zu beschaffen bzw. die ursprüngliche Erwerbsarbeit so lange wie möglich zu erhalten. (vgl. Uriona 2007, 66f)

Geiger (2006, 95) schreibt, dass die ProtagonistInnen der Betriebsbesetzungen meist ältere oder schlecht qualifizierte ArbeitnehmerInnen waren, die bei Verlust der Arbeit auf dem Arbeitsmarkt schlechte Chancen gehabt hätten, einen neuen Job zu finden. Ihnen wären nur die Sozialpläne der Regierung geblieben, die nicht universalrechtlich abgesichert waren und weit unter dem Existenzminimum lagen.

Obwohl die Arbeitsplatzsicherung für die BesetzerInnen im Vordergrund stand, wurden sehr wohl auch politische Forderungen entwickelt, die über die Dachverbände nach außen getragen wurden und teilweise auch Erfolg hatten. Die BesetzerInnen konzentrierten sich jedoch eher darauf, politische Forderungen im Rahmen der Enteignung zu stellen und durchzusetzen. Es wurden also eher solche Forderungen gestellt, die den Erhalt der solidarökonomischen Wirtschaftsweise bzw. die Sicherung der Arbeitsplätze ermöglichten. Nicht so sehr ging es dabei um Forderungen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem an sich in Frage stellten oder bei denen es um den Aufbau einer Alternative zu diesem ging. (vgl. Boris/Tittor 2006, 89)

So blieben die meisten besetzten Betriebe auch abhängig vom formellen Markt, da sie für diesen produzierten und dort ihre Produkte absetzten. Obwohl also die Strukturen innerhalb der Betriebe solidarisch aufgebaut waren, wurden die Bedingungen des Absatzes und auch des Einkaufs von Vorprodukten vom formellen Markt bestimmt, was dazu führte, dass einige Betriebe auch innerorganisatorisch wieder zu den vormaligen kapitalistischen Strukturen zurückkehrten. So schreiben Boris/Tittor (2006, 91):

*„Andererseits setzen die Marktbedingungen den Fabriken ökonomische Grenzen: Ein niedriges Lohnniveau bei Absatzschwierigkeiten, Arbeitsrisiken und die häufig fehlende Altersvorsorge rufen in Erinnerung, dass es sich doch nur um Enklaven in kapitalistischen Strukturen handelt.“*

In den solidarökonomischen Produktionsstätten müssen also große Widersprüche ausgehalten werden. Einerseits zeigen diese mit ihrer horizontalen Organisationsstruktur, mit der gesteigerten Partizipation der ArbeiterInnen und mit solidarischen Innovationen, dass eine andere Form des Wirtschaftens möglich ist, gleichzeitig stehen sie aber unter dem Druck, am Markt zu bestehen und der Konkurrenz dort Stand zu halten. (vgl. Oberhuemer 2010, 127f)

Die Besetzungen und Übernahmen der Fabriken waren also in den seltensten Fällen mit idealistischen Zielen der Überwindung kapitalistischer Strukturen verbunden, sondern waren viel mehr eine Reaktion auf die unmittelbare Notsituation und die Gefahr, die Arbeit und somit das Einkommen zu verlieren.

Oberhuemer (2010, 129) schreibt zur Situation in Argentinien:

*„Die Selbstverwaltung als solche ist in dem Sinne aber nicht primär als antikapitalistisch zu beurteilen. Sie ist eingebettet in Rahmenbedingungen des Systems und folgt diesen, um ihre Ideen einer solidarischen Form des Wirtschaftens zu verwirklichen und schließlich überleben zu können.“*

Dies zeigte sich auch dadurch, dass nach der Stabilisierung des Arbeitsmarktes und der generellen Stabilisierung der argentinischen Wirtschaft, viele Menschen, die die Solidarische Ökonomie in der Krisenzeit zur Existenzsicherung genutzt hatten, wieder in Arbeitsverhältnisse der alten Strukturen zurückkehrten. Obwohl die Stellen in kapitalistischen Arbeitsverhältnissen schlecht bezahlt sind und teilweise unter ausbeuterischen Bedingungen gearbeitet werden muss, ist dies für die betroffenen Menschen doch eine Möglichkeit ein regelmäßiges Einkommen zu erhalten. Durch die Wiedereingliederung in die alten Lohnarbeitsstrukturen wurde auch die Aktivität in Initiativen wie Tauschkreisen oder Volksversammlungen, die während der Krisenzeit noch regelmäßig organisiert wurden, für die Menschen zunehmend uninteressant. Dadurch minimierten sich diese nach Beruhigung der allgemeinen Wirtschaftslage in ihrer Anzahl wieder drastisch oder verschwanden vollständig. (vgl. Uriona 2006, 89)

Uriona (2006, 90) betont, dass solidarökonomische Initiativen in Argentinien eine direkte Abhängigkeit vom Grad der Not der Menschen zeigen. Es herrscht somit eine Tendenz, bei Beruhigung der Situation zu versuchen, bald wieder zum gewohnten Modell des kapitalistischen Wirtschaftens zurückzukehren, da sich die Betroffenen von diesem eine unmittelbar größere Sicherheit und bessere Lebensbedingungen erhoffen. Sie bezeichnet Solidarische Ökonomie in Argentinien somit als „ein Kind der Not“.

Interessant ist dabei, dass die besseren Lebensbedingungen anscheinend nicht in der Solidarischen Ökonomie gesehen werden. Uriona (2006, 90) schreibt dazu: „Die von mir im Februar 2005 durchgeführten Erhebungen in Argentinien zeigen, dass die Menschen nicht zu einer Revolution tendieren, sondern eher zu einer maßvoll gerechten Neustrukturierung der Gesellschaft. Sie haben ja schon einen ‚besseren‘, nicht neoliberalen Kapitalismus erlebt.“ Der Kapitalismus als Wirtschaftsform scheint also mittel- und langfristig größere Sicherheit zu versprechen als die Solidarische Ökonomie.

Die Selbsthilfe steht also bei der Entwicklung solidarökonomischer Aktivitäten infolge der argentinischen Wirtschaftskrise im Zentrum. Dies bedingte, dass sich nach Überwindung der Krise oder nach Beruhigung der Situation viele der gebildeten Initiativen wieder auflösten, weil der Bedarf danach nicht mehr bestand.

Abgesehen von der starken Selbsthilfeorientierung Solidarischer Ökonomie in Argentinien würde diese jedoch sehr wohl das Potenzial bergen, Menschen zusammenzubringen, die

den Anspruch hegen, eine alternative Form des Wirtschaftens zu etablieren. Die, an die besetzten Betriebe angehängten Kulturzentren und Cafés sowie die Versammlungen der Tauschringe könnten Plattformen bieten, in denen die kapitalistische Wirtschaftsweise in Frage gestellt wird und in denen politische Forderungen entworfen werden, die die Etablierung Solidarischer Ökonomie in größerem Rahmen ermöglichen würden. Es wäre interessant, zu erforschen, warum diese Möglichkeiten von den aktiven Menschen so wenig genutzt wurden oder ob diese einfach keinen Erfolg zeigten und deshalb wieder eingestellt wurden. Der Frage kann im Rahmen dieser Arbeit aber leider nicht nachgegangen werden.

## **4 Solidarische Ökonomie am Beispiel Griechenland**

Da die Selbsthilfefunktion Solidarischer Ökonomie meist in Zeiten wirtschaftlicher Krisen sichtbar wird und so die Funktionen Solidarischer Ökonomie besser beurteilt werden können, wird auch für Griechenland wieder der Zusammenhang Solidarischer Ökonomie mit der aktuellen Weltwirtschaftskrise zur Analyse der Funktionen herangezogen.

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise, deren Beginn mit dem Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarktes und dem Pleitegehen der US-Investmentbank Lehman Brothers 2008 datiert wird (vgl. Marterbauer 2011, 36), hat auch in Griechenland Spuren hinterlassen und schließlich zu einer schweren Schuldenkrise geführt, die den ganzen Euro-Raum betrifft und in ganz Europa stark diskutiert wird<sup>6</sup>.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise in Griechenland hat sich Lisa Mittendrein (2013) in ihren Forschungen die Frage gestellt, ob die Anzahl solidarökonomischer Initiativen infolge der griechischen Wirtschaftskrise gestiegen ist und was für Formen Solidarischer Ökonomie sich in Griechenland finden lassen. Für das folgende Kapitel wird hauptsächlich die Forschungsarbeit von Lisa Mittendrein herangezogen, da sie eine der aktuellsten Arbeiten vorlegt, in der dieser Zusammenhang für Griechenland wissenschaftlich untersucht wird.

Im folgenden Kapitel soll die Entwicklung der griechischen Krise kurz dargestellt werden (4.1) um anschließend die Formen Solidarischer Ökonomie in Griechenland, die sich vielfach als Antwort auf die Krisenfolgen gebildet haben, genauer zu beschreiben (4.2). Abschließend sollen die Funktionen der Solidarischen Ökonomie für die griechische Bevölkerung angesichts der Schuldenkrise diskutiert werden (4.3).

---

<sup>6</sup> Die griechische Krise ist deshalb in ganz Europa so stark diskutiert worden, da durch den Handel mit griechischen Staatsanleihen und die Verflechtungen in der Euro-Zone auch viele andere europäische Staaten von der schlechten Wirtschaftslage Griechenlands betroffen waren und die Länder der Euro-Zone schließlich mit Krediten aushelfen mussten um einen Staatsbankrott Griechenlands zu verhindern. (vgl. Marterbauer 2011, 86)

## 4.1 Die griechische Schuldenkrise 2009

Das bereits vor der Weltwirtschaftskrise hoch verschuldete Griechenland wurde durch die weltweit einsetzende Rezession infolge der Weltwirtschaftskrise 2007/08 hart getroffen. Die Exporte gingen stark zurück und die Umsätze in für Griechenland relevanten Branchen, wie dem Tourismus, sanken. Die Arbeitslosigkeit stieg infolge der Krise und führte zu einem Sinken der Konsumnachfrage. Die Überschuldung des Staates verstärkte sich durch gesunkene Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben. Die Staatsschulden betragen 2009 bereits 140% des BIP. (vgl. Roth 2013)

Die Regierung war im Frühjahr 2010 gezwungen, bei der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie bei der Europäischen Kommission um öffentliche Darlehen anzusuchen um die laufenden Ausgaben zu decken. Die zwei europäischen Institutionen zogen in der „Causa Griechenland“ auch noch den Internationalen Währungsfonds (IWF) als Unterstützung hinzu. Diese drei großen Institutionen übernahmen ab 2010 die Koordination der Sanierung des griechischen Staatshaushaltes. Von den Medien und von KritikerInnen wurde dem Zusammenschluss der drei großen Organisationen der Name „Troika“ gegeben. (vgl. ebd.)

Insgesamt wurden Griechenland in den letzten fünf Jahren vier Darlehenspakete von der Troika gewährt, jedoch nur unter strengen Auflagen. Die Bedingungen für die Darlehen, die den griechischen Staatshaushalt sanieren sollten, umfassten ein striktes Austeritätsprogramm. Von der griechischen Regierung wurden mehrere Sparpakete verabschiedet und durchgeführt. Es kam zu Entlassungen und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, die Ausgaben für Gesundheit und Bildung sowie die Pensionen wurden stark gekürzt und das Pensionsantrittsalter wurde angehoben. Gleichzeitig wurden die Mehrwertsteuern sowie Steuern auf Grundbesitz, Heizöl und Benzin angehoben. In umfassenden Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen wurde eines der Hauptsparpotenziale gesehen. Diese Maßnahmen haben jedoch nicht dazu beigetragen die griechische Wirtschaftslage zu stabilisieren, sondern haben vielmehr dazu geführt, dass Griechenland in eine wirtschaftliche Depression abglitt. (vgl. ebd.)

Das Krisenmanagement in Griechenland erinnert an das der argentinischen Krise 2001 (vgl. 3.1), zumal auch der IWF wieder als großer Akteur beteiligt war. Auch Roth (2013) schreibt über das Troika-Team:

*Der Schutz privater und öffentlicher Gläubiger „verleitet sie zur schematischen Anwendung jener Strukturanpassungsprogramme, wie sie schon in den 1980er Jahren während der Schuldenkrise der Schwellenländer des globalen Südens angewandt und in den 1990er Jahren nach dem Zusammenbruch des Sowjetblocks nochmals verfeinert wurden.“*

Irene Sotiropoulou (2011, 6) fasst die getroffenen Maßnahmen in der griechischen Schuldenkrise folgendermaßen zusammen:

*„Particularly since spring 2010 (...) the Greek economy is a laboratory for acute neoliberal policies: wage cuts in both government and private sectors, public expenditure cuts, delay of payments if those are due by the state, increase of horizontal tax rates and indirect taxes, (...)”.*

Die Auswirkungen der Krise sowie der Austeritätsprogramme trafen breite Schichten der griechischen Bevölkerung<sup>7</sup>. Die Arbeitslosenraten betragen Ende 2013 27,5% (vgl. EL.STAT 2014) bei Jugendlichen unter 24 sogar 58% (vgl. Roth 2013). Die durchschnittlichen Erwerbseinkommen haben sich halbiert und die Umsätze sind stark zurückgegangen. Im Jahr 2012 waren in Griechenland 34,6% der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen (vgl. EL.STAT 2013). Damit befand sich Griechenland, betreffend die Armutsgefährdung, in Europa an vierter Stelle. Die geringen oder fehlenden Einkommen und die Armutsgefährdung führten dazu, dass viele GriechInnen ihre Mieten, ihre Rechnungen oder ihre Versicherungen nicht mehr zahlen konnten. Immer mehr Menschen wurden obdachlos oder konnten ihre Wohnung nicht mehr heizen. Unter den jungen GriechInnen hat einerseits eine Welle der Stadtflucht eingesetzt, indem viele wieder zu ihren Eltern zurückgezogen sind, andererseits verlassen viele hochqualifizierte GriechInnen das Land um in anderen europäischen Ländern Arbeit zu suchen (vgl. Roth 2013).

Irene Sotiropoulou (2011, 6) schreibt zu den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die griechische Bevölkerung:

*“Other negative indicators like the number of small enterprises closing down, the number of homeless people, just like the number of people under the poverty line, the horrible reports from schools where children faint down because they are not fed adequately, etc. are increasing.”*

Gegen die Auswirkungen der Krise aber vor allem gegen die Politik des Krisenmanagements gab es ab Ende 2009 zahlreiche organisierte Proteste und Streiks. Viele Menschen gingen auf die Straße um auf die Perspektivenlosigkeit der griechischen Gesellschaft aufmerksam zu machen. Immer wieder kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen der Protestierenden mit der Polizei und vereinzelt gab es sogar Todesopfer. Eine wichtige Form des Protestes stellte die Besetzung des Syntagma-Platzes in Athen über mehrere Wochen dar. Die Proteste sowie die Besetzung in Athen bildeten eine wichtige Grundlage für die Solidarische Ökonomie, da sie als zentrale Vernetzungspunkte dienten, an denen Austausch und Diskussion stattfinden konnten und bei denen sich Gleichgesinnte zusammengefunden haben, die mitunter gemeinsam solidarökonomische Initiativen gestartet haben. (vgl. Mittendrein 2013, 79)

---

<sup>7</sup> Als Bevölkerung sind hier nicht nur griechische StaatsbürgerInnen gemeint, sondern alle in Griechenland lebenden Menschen. Es sind somit auch in Griechenland aufhältige MigrantInnen eingeschlossen, die in besonders drastischer Weise von den Kürzungen im öffentlichen Bereich sowie von der Zunahme rassistischer Gewalt betroffen sind. (vgl. Mittendrein 2013, 69)

Auch wenn die griechische Schuldenkrise heute in den internationalen Medien nicht mehr so stark vertreten ist wie noch vor einigen Monaten, so ist doch anzunehmen, dass diese Krise noch nicht überwunden ist und die griechische Bevölkerung von den Auswirkungen noch lange betroffen sein wird.

## **4.2 Solidarische Ökonomie in Griechenland einst und heute**

Die Solidarische Ökonomie in Griechenland wurde bisher, auch in Griechenland selbst, kaum wissenschaftlich aufgearbeitet und dokumentiert (vgl. Mittendrein 2013, 97). Das Feld der Solidarischen Ökonomie in Griechenland ist sehr vielfältig und heterogen, sogar noch heterogener als in anderen Ländern, wie Lisa Mittendrein betont. Der Begriff ist wie in anderen Ländern, auch theoretisch (vgl. 2), nicht einheitlich definiert, daher kann keine trennscharfe Abgrenzung vorgenommen werden, welche Initiativen zur Solidarischen Ökonomie gezählt werden können und welche nicht.

Eine Form Solidarischer Ökonomie, die relativ gut dokumentiert ist, sind Genossenschaften. Das erste Genossenschaftsgesetz gab es in Griechenland bereits Anfang des 20. Jahrhunderts. Nach Einführung dieses Gesetzes entwickelten sich zahlreiche Genossenschaften, vor allem im landwirtschaftlichen Bereich, die hauptsächlich Kreditvermittlung betrieben. Der Genossenschaftssektor in Griechenland blieb während seiner gesamten historischen Entwicklung hauptsächlich auf den Landwirtschaftssektor beschränkt. Nach dem zweiten Weltkrieg entwickelten sich auch die ersten Konsumgenossenschaften als Reaktion auf die erschwerte Versorgung mit Konsumgütern. (vgl. Mittendrein 2013, 99)

Der Genossenschaftssektor ist in Griechenland sehr eng mit dem Staat verbunden und von staatlicher Seite wird ein großer Einfluss auf diesen ausgeübt. Auch sind die Genossenschaften seit dem Ende der Diktatur 1974 stark politisiert und wurden von der sozialdemokratischen Partei PASOK als Parteivorfeldorganisationen genutzt. (vgl. ebd.)

Im ländlichen Griechenland haben wirtschaftliche Tauschprozesse Tradition, da es aber an wissenschaftlicher Dokumentation zu Formen von Wirtschaften außerhalb des For-Profit Sektors oder des öffentlichen Sektors (vgl. Gubitzer 2009, 41) fehlt, kann auch schwer eingeschätzt werden, ob Formen Solidarischer Ökonomie, die sich aktuell in Griechenland zeigen, neue Phänomene sind, oder ob diese bereits auf eine historische Tradition zurückgehen. (vgl. Mittendrein 2013, 101)

Die Entwicklung der Solidarischen Ökonomie in Griechenland ist stark vom historischen und politischen Hintergrund geprägt, besonders „die späte Entwicklung der Demokratie, die

Bedingungen der Metapolitefsi<sup>8</sup>, die parteipolitische Dominanz in Wirtschaft und Gesellschaft und die in diesem Kontext entstehenden außerparlamentarischen Bewegungen [sind] hoch relevant.“ (Mittendrein 2013, 103)

Auch die Entwicklung anarchistischer/anti-autoritärer Bewegungen beeinflusste die Entstehung und Verbreitung Solidarischer Ökonomie. Besonders die von genannten Bewegungen errichteten NachbarInnenschaftszentren, namens „Stekia“, hatten während der Proteste 2009 eine wichtige Funktion inne, da sie zu „einer zentralen Konstante der Selbstorganisation wurden“ (Mittendrein 2013, 104). Viele „Stekia“ wurden neu gegründet, nachdem während der Proteste immer wieder NachbarInnenschaftsversammlungen zum Austausch abgehalten wurden. In diesen neu gegründeten „Stekia“ finden nicht nur zahlreiche Veranstaltungen und Treffen statt, sondern viele organisieren auch „Volxxküchen“ und geben Essen aus oder errichten Gemeinschaftsgärten. (vgl. Mittendrein 2013, 111)

Die inhaltliche Vielfalt in der griechischen Solidarischen Ökonomie ist sehr groß. Es gibt unterschiedlichste Initiativen, die aus verschiedenen politischen und zivilgesellschaftlichen Strömungen entstanden sind. So gibt es zum Beispiel die Initiative „Peliti“, die 1995 gegründet wurde und aus der Richtung der Ökologie und der alternativen Landwirtschaft stammt. „Peliti“ hat sich als Samenbank die Förderung und die Erhaltung der Sortenvielfalt und seltenen Saatguts zur Aufgabe gemacht und stellt interessierten Menschen gratis Saatgut zur Verfügung. (vgl. Mittendrein 2013, 106)

Die Initiative „Nosotros“ ist ein selbstverwaltetes Kollektiv und wurde von der anarchistischen/anti-autoritären Bewegung gegründet. Die Initiative stellt einen Raum zur Verfügung in dem ein Café angesiedelt ist und laufend Veranstaltungen, Diskussionen und Kurse stattfinden. Auch die bereits erwähnten „Stekia“ fallen in die Kategorie der selbstverwalteten Zentren. (vgl. Mittendrein 2013, 107f)

Ein weiteres Beispiel ist die „Athens Time Bank“, eine Zeitbank, die seit 2006 von der frauenpolitischen NGO „Enow“ betrieben wird. In dieser Zeitbank können Dienstleistungen getauscht werden. Die Tauscheinheit ist dabei Zeit in Stunden, die wiederum in der Zeitbank eingelöst werden kann. Um den Tauschprozess am Laufen zu halten, verliert die Tauscheinheit nach einem halben Jahr an Wert. (vgl. Sotiropoulou 2012, 83f)

Neben diesen Beispielen existieren noch viele andere ähnlich Initiativen, die aber teilweise gar nicht einer breiten Öffentlichkeit bekannt sind. Auch im ländlichen Griechenland lassen sich häufig Strukturen der NachbarInnenschaftshilfe oder Tauschsysteme finden, die Elemente Solidarischer Ökonomie aufweisen.

---

<sup>8</sup> Metapolitefsi heißt auf griechisch „politische Wende“ und bezeichnet das politische System nach der griechischen Militärdiktatur, charakterisiert durch ein starres Zweiparteiensystem und einer stark parteipolitische geprägten Gesellschaft. (vgl. Mittendrein 2013, 103)

### 4.3 Die Funktionen Solidarischer Ökonomie in der griechischen Krise

Wie Mittendrein (2013, 109) beschreibt, war infolge der griechischen Schuldenkrise ein Anstieg der Neugründungen solidarökonomischer Initiativen zu verzeichnen. Ein direkter kausaler Zusammenhang mit der Schuldenkrise wird jedoch schwer herzustellen sein. So schreibt Irene Sotiropoulou, die sich als Dissertantin an der Universität Kreta mit Regionalwährungen und Tauschmärkten in Griechenland beschäftigte, dass so ein kausaler Zusammenhang nicht feststellbar sei und die Frage ob die griechische Finanzkrise einen direkten Einfluss auf das Wirtschaften mit Alternativwährungen<sup>9</sup> hat, nicht beantwortbar sei (vgl. Sotiropoulou 2011, 1).

Lediglich anhand der wenigen, bereits vor der Krise bekannten solidarökonomischen Initiativen, kann festgestellt werden, ob die Mitgliederzahlen gestiegen sind. Sowohl im Falle der „Athens Time Bank“ als auch bei der Samenbank „Peliti“ (vgl. 4.2), die bereits vor Ausbruch der Wirtschaftskrise 2009 existierten, konnten seit Beginn der griechischen Wirtschaftskrise Zuwächse bei den Mitgliedern verzeichnet werden. Die rein zahlenmäßigen Zuwächse sagen jedoch noch nichts darüber aus, wie aktiv die neuen Mitglieder wirklich an den jeweiligen Initiativen teilnehmen. (vgl. Sotiropoulou 2011, 4f)

Die Mitgliederzuwächse bei bereits bestehenden solidarökonomischen Initiativen sowie die zahlreichen Neugründungen zeigen, dass ein großes Interesse an solidarökonomischen Wirtschaftsformen herrscht, und, dass durchaus auch Bereitschaft da ist, sich zu beteiligen oder sich zumindest über diese Form des Wirtschaftens zu informieren. (vgl. Sotiropoulou 2011, 5)

Die InterviewpartnerInnen von Lisa Mittendrein berichten ebenso von der Relevanz der vielen Neugründungen solidarökonomischer Initiativen seit Ausbruch der Wirtschaftskrise: „Viele meiner GesprächspartnerInnen meinten, sie hätten manchmal das Gefühl, jeden Tag würde eine neue Idee, ein neues Projekt oder ein neuer Diskurs entstehen.“ (Mittendrein 2013, 109)

Auch ErzeugerInnen-VerbraucherInnen Kooperativen wie zum Beispiel Food Coops, wo landwirtschaftliche Produkte direkt von den VerbraucherInnen ohne ZwischenhändlerInnen abgenommen werden, haben infolge der Krise starken Zuwachs erhalten. (vgl. ebd., 112)

Ebenso fanden im Bereich der Tauschkreise und der Alternativwährungen seit 2008 viele Neugründungen statt. So konnte sich Irene Sotiropoulou zu Beginn ihrer Dissertationsarbeit 2008 nur auf zwei bestehende Initiativen im Bereich der Alternativwährungen beziehen, während sie im Herbst 2011 bereits 26 funktionierende Initiativen im Bereich der

---

<sup>9</sup> Als Alternativwährung gelten alle Währungen, die von der offiziellen, durch den Staat kontrollierten Währung, in Griechenlands Fall der Euro, abweichen. (vgl. Sotiropoulou 2012, 1)

solidarischen Tauschökonomie ausmachen konnte. Dazu zählten Alternativwährungen, Tauschkreise bzw. Zeitbanken sowie Umsonstmärkte, aber auch andere Formen des solidarischen Tausches. (vgl. Sotiropoulou 2011, 4)

Die Frage, ob die gesteigerte Partizipation in solidarökonomischen Initiativen auch längerfristiges Engagement generiert oder ob das Interesse an solidarökonomischen Wirtschaftsformen nach dem Höhepunkt der Krise wieder abflaut, wird erst aus einer ex post-Perspektive zu beantworten sein, wenn die aktuelle Wirtschaftskrise als beendet angesehen werden kann.

Durch das starke mediale Interesse an alternativen Wirtschaftsformen seit Ausbruch der griechischen Wirtschaftskrise erlangte die Solidarische Ökonomie auch eine gewisse Bekanntheit in der griechischen Gesellschaft. In der medialen Berichterstattung werden solidarökonomische Initiativen häufig direkt mit der Krise in Verbindung gebracht und als reine Selbsthilfeprojekte, hauptsächlich armutsgefährdeter Menschen, dargestellt. Für die einzelnen Initiativen stellt diese Selbsthilfefunktion jedoch oft nur einen Teil des eigentlichen Selbstzwecks dar. Werte wie Kreativität, Solidarität oder Selbstorganisation, die für einige Initiativen in ihrem Selbstverständnis eine große Rolle spielen, werden dabei von den Medien kaum aufgegriffen und publiziert. (vgl. Mittendrein 2013, 110)

Manche Initiativen bringen sich in ihrer Selbstdarstellung bewusst in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, für andere, besonders für die bereits länger existierenden solidarökonomischen Initiativen, steht die Selbsthilfe in Zeiten wirtschaftlicher Not jedoch nicht im Zentrum ihres Selbstverständnisses, wie Irene Sotiropoulou ausführt:

„One can see that groups who existed before the crisis of 2008 had already pointed out problems that we are now paying attention to. Peliti network has been trying for more than a decade to raise awareness about local varieties and about how the conventional economy drives them into extinction and us, people, into starvation. The two free networks which were existing already in 2008 were trying to educate people in re-using stuff that needs not to be thrown yet into the recycling bins, let alone that it does not need to be thrown away to pollute the environment. The Athens Time Bank has been really trying to assist people against social exclusion and face poverty in an egalitarian way, far beyond charity and unequal relations.” (Sotiropoulou 2011, 8)

Besonders in Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen herrschen meist große Erwartungen an Solidarische Ökonomie. Diese soll einerseits in konkreten wirtschaftlichen Notsituationen Abhilfe leisten, sie soll aber gleichzeitig auch eine andere Form des Wirtschaftens ermöglichen, in der es um Selbstbestimmung und um Sinnfindung geht. Vielfach wird auch erhofft, dass die Entwicklung solidarökonomischer Aktivitäten den Beginn eines gesellschaftlichen Wandlungsprozesses hin zu einem anderen Wirtschaften abseits des Kapitalismus darstellt.

Lisa Mittendrein (2013, 185f) identifizierte in ihren Forschungen zu Solidarischer Ökonomie in der griechischen Krise die folgenden sechs Potenziale<sup>10</sup> Solidarischer Ökonomie, und versuchte damit zu beschreiben, welche Funktionen die Solidarische Ökonomie für die in ihr aktiven Menschen und für die griechische Gesellschaft erfüllen kann.

Als erstes Potenzial führt sie die **Krisenbewältigung** an, also die unmittelbare materielle und psychische Selbsthilfe. Diese wird jedoch nicht individuell bestritten, sondern kollektiv organisiert, was dazu führt, dass sich kollektive Identitäten entwickeln können, die wiederum zu gesellschaftlichem Wandel beitragen können. Gleichzeitig erzeugt das Handeln in solidarökonomischen Initiativen wieder Zukunftsperspektiven für die Menschen und gibt Hoffnung oder mindert Ängste und hilft somit bei der Krisenbewältigung auf individueller Ebene.

Das zweite Potenzial Solidarischer Ökonomie ist die **Selbstermächtigung**, da durch das selbstbestimmte Handeln Emanzipations- und Aneignungsprozesse ermöglicht werden. Da auch diese Prozesse wieder kollektiv organisiert sind, lassen sich auch hier gesellschaftliche Transformationspotenziale feststellen.

Als drittes Potenzial Solidarischer Ökonomie führt Mittendrein Prozesse innerhalb der Initiativen an, die zu **Wertewandel und Solidarität** anregen. Durch das gemeinsame Handeln in solidarökonomischen Initiativen rücken oftmals Werte wie Solidarität und Kooperation für die handelnden Personen stärker ins Zentrum. Manchmal werden auch politische oder weltanschauliche Einstellungen durch das Engagement in solidarökonomischen Initiativen verändert. Die veränderten Wertvorstellungen haben nicht nur Einfluss auf die jeweiligen Individuen sondern können auch soziale Beziehungen verändern, wodurch sie auch über die Initiativen hinaus transformatorisches Potenzial bergen.

Das vierte Potenzial, die **Gemeinschaft**, ist in Griechenland besonders wichtig und wurde von den durch Mittendrein beforschten Initiativen stark hervorgehoben. Einerseits wird durch die Tätigkeit in solidarökonomischen Initiativen auf individueller Ebene ein Gefühl der Zugehörigkeit und des Rückhaltes vermittelt. Andererseits wird aber die Gemeinschaft auch als ein Ziel vieler Initiativen definiert und es wird versucht, soziale Beziehungen nach der Idee der Gemeinschaftlichkeit, der Solidarität und der Gleichheit zu leben. „Eine Gemeinschaft, die nach diesen Grundsätzen funktioniert, kann auch einen Gegenentwurf zur in vielerlei Hinsicht als dysfunktional empfundenen Gesellschaft darstellen.“ (Mittendrein

---

<sup>10</sup> Obwohl Mittendrein hier den Begriff der Potenziale verwendet, können diese weitgehend mit dem Begriff der Funktionen gleichgesetzt werden. Mittendrein unterscheidet nicht nur zwischen den Funktionen der Selbsthilfe und der Transformation, sondern definiert verschiedene Funktionen sowohl auf individueller als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene.

2013, 178) Dadurch können innerhalb der Initiativen neue Formen des Miteinanders ausprobiert werden, worin wiederum gesellschaftliches Transformationspotenzial liegt.

Das fünfte Potenzial identifiziert Mittendrein in der Wirkung Solidarischer Ökonomie nach außen, über ihren Mitgliederkreis hinaus, durch **MultiplikatorInnen, Information und Inspiration**. Viele solidarökonomische Initiativen geben ihr Wissen an andere weiter und ermöglichen es somit immer mehr Menschen auch selbst Initiativen zu gründen. Bei der Verbreitung von Informationen zu Solidarischer Ökonomie spielen vor allem die Medien eine wichtige Rolle. Diese haben in der griechischen Wirtschaftskrise viel dazu beigetragen, Informationen über unterschiedlichste solidarökonomische Aktivitäten zu verbreiten<sup>11</sup> und möglicherweise auch andere Menschen zu inspirieren, selbst aktiv zu werden.

Das sechste Potenzial ist die Fähigkeit Solidarischer Ökonomie, Wirtschaften mit anderen Lebensbereichen wie politischer Aktivität oder gemeinschaftlichem Handeln zu verbinden. Wirtschaft wird nicht isoliert betrachtet sondern wird in einen gesellschaftlichen Kontext eingebettet. Durch das Ausprobieren und Leben dieser **Koppelung von Wirtschaft, Politik und Gemeinschaft** in solidarökonomischen Initiativen wird eine neue Art des Wirtschaftens kreiert, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise entgegensteht. Daher sieht Mittendrein in der Integrationsfähigkeit Solidarischer Ökonomie auch das größte Transformationspotenzial hin zu einer neuen Art zu wirtschaften.

Ob die Wirtschaftskrise in Griechenland der einzige Grund ist, warum sich Menschen organisieren und solidarwirtschaftlich tätig werden kann in Frage gestellt werden. Jedenfalls stellen die Auswirkungen der Krise einen Einschnitt im Leben vieler Menschen dar und stoßen somit möglicherweise Umdenkprozesse an, die auch in einer gemeinschaftlichen Form des Wirtschaftens resultieren können:

*“Then, “crisis” becomes just a particular argument, not “the” argument, nor the main reason for the activity. In many cases, the coordinators or organisers of schemes or bazaars point out that the crisis alone cannot explain the change of the behaviour of people, although they also think that crisis might have some role in this change. Therefore, the “crisis” is not enough an argument to explain in a satisfactory way the change in people’s views about the economy and their own economic activity, but it seems to affect, along with many other events and conditions, the people so that they are able to start a discussion, search and disperse new ideas, experiment with the economy, and undertake collective action to find or try possible solutions.” (Sotiropoulou 2011, 9)*

Die Tätigkeit in solidarwirtschaftlichen Initiativen kann dabei für Menschen, wie oben beschrieben, unterschiedliche Funktionen auf individueller Ebene übernehmen und birgt gleichzeitig auch das Potenzial in sich, konkrete Alternativen zum kapitalistischen

---

<sup>11</sup> Auch wenn die mediale Darstellung Solidarischer Ökonomie, wie Mittendrein (2013, 139) beschreibt, oft sehr einseitig ausfällt.

Wirtschaften aufzubauen, weiterzuentwickeln und für immer mehr Menschen zugänglich zu machen.

Aufgrund der aktuellen krisenhaften Wirtschaftssituation, erfüllt die Solidarische Ökonomie in Griechenland vielfach eine Selbsthilfefunktion, indem sie Menschen dabei hilft, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Gleichzeitig birgt die Solidarische Ökonomie in Griechenland aber auch ein Transformationspotenzial in sich. Dies kann zum Beispiel im Potenzial Solidarischer Ökonomie, den Wandel von Werten anzuregen oder kollektive Identitäten zu schaffen und damit das Neudenken von Wirtschaften zu bewirken, erkannt werden. Auch das Selbstbild vieler Initiativen geht über eine reine Selbsthilfefunktion hinaus.

Die starke politische Verflechtung der griechischen Gesellschaft kann die Transformationsfunktion Solidarischer Ökonomie unterstützen. Um ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftssystem mit neuen Werten zu etablieren, müssen sich auch die Rahmenbedingungen und Gesetze des Wirtschaftens ändern, sodass Solidarische Ökonomie gesamtgesellschaftlich möglich wird. Die politischen Verbindungen können hierbei hilfreich sein, um die Anliegen Solidarischer Ökonomie in den politischen Prozess einzubringen. Durch demokratische Abstimmungen können solidarökonomische Werte gesamtgesellschaftlich legitimiert werden. Hier spielen aber auch wieder die konkreten Initiativen eine wichtige Rolle, denn je mehr Menschen bereits in der Solidarischen Ökonomie tätig sind, bzw. je mehr positive Beispiele solidarischen Wirtschaftens es bereits gibt, umso eher wird die Mehrheit der Menschen von der Wichtigkeit Solidarischer Ökonomie zu überzeugen sein.

## **5 Solidarische Ökonomie am Beispiel Österreich**

Auch in Österreich existiert Solidarische Ökonomie in unterschiedlichsten Formen. Leider gibt es bis jetzt kaum Versuche, die Solidarische Ökonomie in Österreich umfassend zu kartieren, so wie das zum Beispiel in Brasilien durchgeführt wird (vgl. Kapitel 1)<sup>12</sup>. Zu früheren Zeitpunkten gab es auch in Österreich Versuche, Kartierungen Solidarischer Ökonomie vorzunehmen und konkrete solidarökonomische Initiativen zu untersuchen (vgl. Waldert 1992; Scharschinger 2008). Es gibt jedoch keine aktuelle genaue Auflistung solidarökonomischer Initiativen in den verschiedenen Bereichen und es sind auch wenige Initiativen öffentlichkeitswirksam präsent.

---

<sup>12</sup> Eine Form Solidarischer Ökonomie, die auch in Österreich relativ gut dokumentiert ist, ist der Genossenschaftssektor. (vgl. u.a. Schaschko 2010; Rößl et al. 2014) Wobei zu beachten ist, dass der Genossenschaftssektor in Österreich stark von großen Genossenschaften wie den Volksbanken und der Raiffeisenbank dominiert wird, die nicht nach solidarökonomischen Prinzipien wirtschaften und daher nicht zur Solidarischen Ökonomie gezählt werden können.

Aufgrund der fehlenden Kartierung und auch weil in Österreich Solidarische Ökonomie nicht begrifflich abgegrenzt ist, ist es in diesem Kapitel nicht möglich, ein umfassendes Bild solidarökonomischer Initiativen und Tätigkeiten in Österreich zu zeichnen. Stattdessen soll die theoretische Diskussion, die im deutschsprachigen Raum geführt wird, auch im Hinblick auf den erst im Februar 2013 in Wien stattgefundenen Kongress Solidarische Ökonomie, auszugsweise dargestellt werden. Die Basis für dieses Kapitel ist ausgewählte deutschsprachige Literatur, die sich mit Solidarischer Ökonomie und ihren Funktionen beschäftigt. Als Grundlage dient dabei einerseits die Dokumentation des Kongresses Solidarische Ökonomie 2013 und andererseits das umfassende Transformationskonzept Solidarischer Ökonomie, das Harald Bender (2012) entworfen hat. Die Funktionen Solidarischer Ökonomie und die Positionierung im Spannungsfeld zwischen Selbsthilfe und Transformation sollen anhand dieser theoriebezogenen Beiträge untersucht werden.

## **5.1 Die Kongresse Solidarische Ökonomie in Österreich und Deutschland**

Die Kongresse Solidarische Ökonomie hatten die wichtige Funktion, Solidarische Ökonomie im deutschsprachigen Raum sichtbar zu machen und engagierte Menschen zu vernetzen. Während Solidarische Ökonomie davor vielfach als Nischenthema angesehen wurde, mit dem sich einzelne TheoretikerInnen, meist im Zusammenhang mit den Ländern des globalen Südens, beschäftigten (vgl. Exner/Kratzwald 2012, 40) und solidarisches Wirtschaften als ein Phänomen der 1970er und 1980er Jahre abgetan wurde (vgl. Embshoff/Giegold 2008, 11), schafften es die Kongresse, die Aktualität und die vielfach bereits existierenden Formen Solidarischer Ökonomie aufzuzeigen. Interessierte Menschen konnten sich über Solidarische Ökonomie und ihre Ziele informieren und sich mögliche Betätigungsfelder und -initiativen suchen.

2006 fand in Deutschland der erste Kongress Solidarische Ökonomie im deutschsprachigen Raum in Berlin unter dem Titel „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ statt. An dem Kongress nahmen 1.400 Menschen teil. Sowohl TeilnehmerInnen als auch ReferentInnen kamen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Solidarischen Ökonomie. Der Kongress schaffte es, ein buntes Bild der vielfältig aktiven und sich entwickelnden Solidarischen Ökonomie darzustellen und brach mit der Vermutung, Solidarische Ökonomie sei nur ein Phänomen der 1970er und 1980er Jahre gewesen. Der Kongress diente auch zur Vernetzung von Menschen, die entweder in der Solidarischen Ökonomie tätig sind oder die sich auf theoretischer Ebene mit den verschiedenen Formen Solidarischer Ökonomie auseinandersetzen (vgl. Embshoff/Giegold 2008, 11). Im Anschluss an den Kongress haben Embshoff/Giegold (2008) ein Buch unter dem gleichen Titel wie dem des Kongresses herausgegeben um dort unterschiedlichste diskutierte Themen des Kongresses zu dokumentieren.

Auch in Österreich hat bereits zweimal ein Kongress Solidarische Ökonomie stattgefunden, der die Existenz solidarökonomischer Aktivitäten in Österreich bestätigt. Von 20. bis 22.2.2009 fand der erste österreichische Kongress Solidarische Ökonomie an der Universität für Bodenkultur in Wien statt (vgl. Dokumentation Kongress 2009). Ziel dieses Kongresses war es, solidarökonomische Projekte auf lokaler, regionaler und globaler Ebene aufzuzeigen, den Begriff Solidarische Ökonomie bekannt zu machen, den Austausch und die Auseinandersetzung in Theorie und Praxis zu fördern, sowie zu motivieren, solidarökonomisch tätig zu werden (vgl. ebd.). Der Kongress wurde von einem Organisationsteam unter Mithilfe von zahlreichen engagierten Menschen organisiert. Es nahmen ca. 1000 Menschen an den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken, etc. während des Kongresses teil (vgl. ebd.).

Nach dem Kongress in Wien 2009, fand 2012 das Forum Solidarischer Ökonomie in Kassel unter dem Titel „Kultur der Kooperation“ statt. Dabei wurde versucht, die Gemeinsamkeiten der, aus unterschiedlichen Richtungen stammenden, Gruppen und Organisationen herauszuarbeiten und das Thema Kooperation in der Ökonomie wurde auf verschiedenen Ebenen diskutiert. (vgl. Giegold 2013, 61f)

Vom 2. bis 4.2.2013 fand dann der zweite Kongress Solidarische Ökonomie in Wien an der Universität für Bodenkultur statt. Der Kongress umfasste insgesamt 122 Workshops, Vorträge, Filmvorführungen, Lesungen, etc. Die Veranstaltungen fanden dabei bis auf ein Anfangsplenum und ein Abschlussplenum parallel statt. Die Workshops behandelten vielfältigste Themen, die alle mit Solidarischer Ökonomie in Verbindung stehen. Wieder nahmen knapp 1.000 Menschen an den verschiedensten Workshops, Vorträgen und Diskussionen teil. Auch diesmal gab es die Möglichkeit, sich über bestehende Solidarische Ökonomie zu informieren, sich zu vernetzen, eigene Ideen zu präsentieren und mit Gleichgesinnten an der „Veränderung der Produktionsverhältnisse“ (Verein für Solidarische Ökonomie 2013, 138) zu arbeiten. Im Anschluss an diesen Kongress ist vom Organisationsteam eine Dokumentation in gedruckter Form herausgegeben worden, wo TeilnehmerInnen und ReferentInnen die Möglichkeit hatten, Beiträge vom Kongress zu veröffentlichen. (vgl. ebd.)

Für 2015 ist wieder ein Kongress Solidarischer Ökonomie in Berlin geplant. Ein möglicher Schwerpunkt könnte dabei auf Solidarische Ökonomie im Süden Europas, auch im Zusammenhang mit der aktuellen Weltwirtschaftskrise, gelegt werden. (vgl. Giegold 2013, 62)

Die Kongresse boten immer eine breite Austausch- und Vernetzungsplattform für verschiedenartigste Initiativen und engagierte Menschen, wobei jeder Kongress auch einzelne Schwerpunkte gesetzt hat. Im Folgenden werde ich mich auf die Inhalte des aktuellsten Kongresses 2013 beziehen.

## 5.2 Diskutierte Funktionen Solidarischer Ökonomie am Kongress 2013

Der Dokumentationsbericht des Kongresses 2013 ist grob in sieben Kapitel gegliedert, wobei ein Kapitel thematisch nicht zuordenbare Beiträge umfasst. Die weiteren Kapitel befassen sich mit Wirtschaftssystem-Alternativen, Landwirtschaft & Ernährungssouveränität, Geldkonzepten & Demonetarisierung, Solidarischer Ökonomie in Deutschland, Commons und Stimmen zum Kongress. Die Beiträge in der Dokumentation sind ganz unterschiedlich gestaltet. Bei manchen handelt es sich um Aufsätze zu verschiedensten Thematiken, manche stellen die geführten Diskussionen mit den KongressteilnehmerInnen kurz dar, vereinzelt präsentieren sich konkrete Initiativen.

Manche der Beiträge beziehen sich thematisch auch auf die aktuelle Wirtschaftskrise. Im Gegensatz zum Kongress Solidarische Ökonomie 2009, wo es noch ein eigenes Themenfeld „Kritik der Krise“ gab, wurde beim Kongress 2013 das Thema Wirtschafts- und Finanzkrise aber nicht mehr explizit hervorgehoben und mit Solidarischer Ökonomie in Verbindung gebracht. Die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus wurde jedoch in vielen Beiträgen betont und spielt bei der Konzeption alternativer Wirtschaftsmodelle eine große Rolle. Für manche AutorInnen befindet sich der Kapitalismus in einer ständigen Systemkrise, weswegen die aktuelle Wirtschaftskrise nicht explizit hervorgehoben wird.

Im Hinblick auf die Funktionen Solidarischer Ökonomie und auf deren Transformationspotenzial ist besonders das erste Kapitel der Dokumentation interessant, in dem es um Wirtschaftssystem-Alternativen geht.

Elisabeth Voß hat in ihrem Beitrag einen kurzen historischen Abriss solidarischer Ökonomie in Deutschland geschrieben, wobei sie den Anfang mit der Gründung neuer sozialer Bewegungen nach der StudentInnenrevolte 1968 setzte und den Bogen bis zur aktuellen Weltwirtschaftskrise spannte. Zur aktuellen Situation Solidarischer Ökonomie in Deutschland schreibt Voß (2013, 14), dass diese durch die Wirtschaftskrise viel Aufwind bekommen hat und, dass zahlreiche neue Projekte entstehen. So zum Beispiel Hausprojekte, urbane Gärten, landwirtschaftliche Versorgungsgemeinschaften (Community Supported Agriculture), neue Genossenschaften oder Rekommunalisierungsinitiativen z.B. im Energiebereich.

Die Tatsache, dass Menschen infolge einer Wirtschaftskrise solidarökonomische Initiativen gründen oder sich in diesen engagieren, deutet auf eine gewisse Selbsthilfefunktion Solidarischer Ökonomie hin. Die Folgen von Wirtschaftskrisen sind oftmals materielle Not und Arbeitsplatzverlust, die durch die Aktivität in solidarökonomischen Initiativen auszugleichen versucht werden. Andererseits ist es natürlich auch möglich, dass aufgrund einer Wirtschaftskrise mehr Menschen die vielfache Dysfunktionalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewusst wird und diese nach Alternativen zum kapitalistischen

Wirtschaften suchen, was wiederum die Transformationsfunktion Solidarischer Ökonomie bestätigen würde.

Für Österreich darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass die Krisenfolgen vielfach durch den österreichischen Sozialstaat abgefangen wurden (vgl. Marterbauer 2011, 156), weshalb die materielle Not sich nicht mit der in den Ländern des globalen Südens oder auch in Griechenland vergleichen lässt. Somit kann vermutet werden, dass die Gründe, warum sich nach dieser Wirtschaftskrise immer mehr Menschen in solidarökonomischen Initiativen engagieren, für Österreich doch eher in einer Transformationsfunktion, also in einer Suche nach einer Alternative zur kapitalistischen Wirtschaftsweise, liegen. Um die genauen Gründe der Menschen, die sich solidarökonomisch betätigen, zu untersuchen, müssten weitere Forschungen durchgeführt werden, die im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden können. Im Zusammenhang mit Wirtschaftskrisen darf Solidarische Ökonomie jedoch nicht nur auf ihre Selbsthilfefunktion beschränkt werden, sondern mögliche andere Funktionen müssen ebenso im Blick behalten werden.

Elisabeth Voß hat sich weiters in einem Beitrag dem Genossenschaftsverbund Mondragón in Spanien gewidmet und diesen auch in Hinblick auf seine Tragfähigkeit in Krisenzeiten untersucht. Dabei schreibt sie (vgl. Voß 2013a, 19), dass in den Genossenschaften auch in Krisenzeiten versucht wird, Arbeitsplätze möglichst zu erhalten und der schwierigen Auftragslage mit Maßnahmen wie Lohnkürzungen, flexibilisierten Arbeitszeiten oder frühzeitigem Ruhestand zu begegnen. Dabei kommt es auch zu Solidarität zwischen den einzelnen Genossenschaften im Verbund z.B. wenn Arbeitskräfte in anderen Genossenschaften untergebracht werden oder wenn Genossenschaften beschließen, ihre Löhne zu kürzen um damit andere Genossenschaften zu unterstützen. Darüber, welchen Beitrag genossenschaftliche Erfahrungen zum Ausbau Solidarischer Ökonomie und für deren Transformationspotenzial leisten können, erlaubt sich Voß kein Urteil zu bilden und betont, dass dieser Beitrag wahrscheinlich erst für spätere Generationen in vollem Umfang eingeschätzt werden kann (vgl. ebd.).

Der Genossenschaftsverbund Mondragón<sup>13</sup> dient vielen solidarökonomischen Initiativen in Europa als Vorbild, da er bereits über lange Zeit (seit 1956) erfolgreich und in relativ großem Rahmen solidarisch wirtschaftet. Wie Elisabeth Voß darlegt, schafft es dieser, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Unterstützungs- und Selbsthilfefunktionen für seine Mitglieder zu bieten und er kann u.U. auch als erfolgreiches Beispiel Solidarischer Ökonomie bei der Transformation des Wirtschaftssystems unterstützend wirken.

---

<sup>13</sup> <http://www.mondragon-corporation.com/de/>

In der Kongressdokumentation 2013 wird Solidarische Ökonomie von so gut wie keinem/r AutorIn als kurzfristige Selbsthilfe dargestellt. Vereinzelt stellen sich Initiativen vor, die Hilfsdienstleistungen erbringen. So zum Beispiel das Projekt „Starthilfe Wohnen“ (vgl. Hurch-Idl 2013, 94), das Mikrokredite an armutsgefährdete oder von Armut betroffene Menschen vergibt, damit für diese der Zugang zum Wohnungsmarkt erleichtert wird. Das Projekt kooperiert dabei mit sozialen Einrichtungen in Oberösterreich, die Menschen an das Projekt vermitteln sowie mit der regionalen Wirtschaft um Mittel für den Solidarfonds zu generieren. In dem Projekt geht es also um die konkrete Hilfe für Menschen in finanziellen Notlagen.

Der Großteil der Beiträge beschäftigt sich jedoch mit einer grundsätzlichen Kritik am kapitalistischen Wirtschaftssystem und sieht Solidarische Ökonomie als eine Form des Wirtschaftens, die versucht, kapitalistische Strukturen nachhaltig zu überwinden. Dies lässt auch die großen Hoffnungen erkennen, die mit dem Erfolg der solidarökonomischen Wirtschaftsweise verbunden werden. Auch wenn am Kongress kein einheitliches Transformationskonzept Solidarischer Ökonomie vorgestellt wurde, so scheint es doch, als würden die meisten KongressteilnehmerInnen darin die Funktion Solidarischer Ökonomie sehen. Solidarische Ökonomie kann also nicht nur kurzfristige Selbsthilfe in wirtschaftlichen Krisensituationen sein, sondern sie muss auf längere Sicht gesehen, die kapitalistische Wirtschaftsweise ablösen.

Dies betont auch die Organisationsgruppe des Kongresses 2013, wenn sie schreibt: „Daraus (Teilnahme von über 100 Initiativen am Kongress, Anm. d. Verf.in) darf wohl ohne Übertreibung geschlossen werden, dass diese seit Jahrzehnten erprobte Form des Wirtschaftens die kapitalistisch organisierte Wirtschaft nicht nur ergänzt, sondern als positive Alternative dazu besteht und verstanden wird.“ (Organisationsgruppe 2013, 117) Aufgrund der starken Relevanz der Transformationsfunktion Solidarischer Ökonomie in Österreich wird im folgenden Kapitel noch einmal genauer auf mögliche Ansätze zur Transformation eingegangen, die aktuell im deutschsprachigen Raum diskutiert werden.

### **5.3 Das Transformationspotenzial Solidarischer Ökonomie in der deutschsprachigen Diskussion**

Neben Selbsthilfefunktionen kann Solidarische Ökonomie auch die Funktion erfüllen, einen Beitrag zur Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu leisten. Diese Funktion Solidarischer Ökonomie wird auch in verschiedenen Ansätzen in der deutschsprachigen Literatur diskutiert.

**Der Ansatz „neue soziale Architektur“:** Ein Beitrag in der Kongressdokumentation 2013 stammt von Gerhard Schuster. Er sieht das kapitalistische Wirtschaftssystem als Verursacher aller krisenhaften Entwicklungen. Gleichzeitig sieht er jedoch die aktuelle Krise

als Chance für umfassende Veränderungen hin zu einer „neuen sozialen Architektur“ (vgl. Schuster 2013, 15). Dabei müssen folgende Axiome berücksichtigt und etabliert werden: Das Bedarfsdeckungs- und das Ökologie-Axiom sollen Produktionsprozessen zugrunde liegen; das Sozial-Axiom soll sicherstellen, dass jeder Mensch einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Gesamtprodukt erhält; das Selbstbestimmungs- und das Demokratie-Axiom sollen die Menschenwürde sicherstellen und das Kommunikations- und Mediations-Axiom soll sicherstellen, dass Machstrukturen und Einzelinteressen begrenzt werden. (vgl. Schuster 2013, 15)

Schuster geht es um umfassende Veränderungen in der Art zu wirtschaften, er sieht die Funktion Solidarischer Ökonomie also in der Transformation der Wirtschaftsweise. Die beschriebenen Axiome stellen dabei Elemente eines neuen Wirtschaftssystems dar, die sich vielfach mit den Prinzipien Solidarischer Ökonomie (vgl. 2) decken. Schuster führt in seinem Beitrag zwar Ziele an, wohin die Transformation führen soll, er gibt jedoch keine Anweisungen zur Umsetzung, wie diese Ziele erreicht werden könnten. Er betont jedoch, dass einzelne Maßnahmen nicht genügen, sondern, dass „ein Gesamtzugriff gefunden werden muss“ (Schuster 2013, 15).

**Der Ansatz der Partizipatorischen Ökonomie/Parecon:** Die Internationale Organisation für eine Partizipatorische Gesellschaft (IOPS) stellte am Kongress 2013 das Konzept der Partizipatorischen Ökonomie (Parecon) vor. Die Werte Gleichheit, Solidarität, Vielfalt und Selbstverwaltung werden in den Mittelpunkt des alternativen Wirtschaftssystems Parecon gestellt. In Bezug auf die Entscheidungsfindung ist es dabei zentral, dass all diejenigen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch mitbestimmen können. Die Gründung von KonsumentInnen- und ArbeiterInnenräten wird zur Entscheidungsfindung vorgeschlagen (vgl. IOPS 2013, 20). Im Parecon-Konzept wird nur Arbeit, nach ihrem Zeiteinsatz und ihrer Intensität, und kein Eigentum entlohnt. Was als zu entlohnende Arbeit gilt und was nicht, wird partizipatorisch beschlossen. Gleichzeitig sollen alle Menschen über ausgewogene Tätigkeitsbündel verfügen. Jede und jeder soll also in gleichem Maße interessante (ermächtigende) und weniger interessante (entmächtigende) Tätigkeiten verrichten. Was dabei ermächtigende und was entmächtigende Tätigkeiten sind, wird wieder partizipatorisch beschlossen. Die Verteilung von Inputs und Outputs wird weder dem Markt überlassen noch vom Staat zentral verwaltet, sondern soll dezentral von ArbeiterInnen- und KonsumentInnenräten entschieden werden. Die einzelnen Betriebe stehen dabei nicht in Konkurrenz zueinander. Als Herausforderung für die Zukunft wird von den AutorInnen der Versuch gesehen, Parecon mit geldlosen Assoziationen zu verbinden, um Menschen die Entscheidung zu lassen wie und ob mit oder ohne Erwartung einer Gegenleistung, sie tätig sein wollen. (vgl. IOPS Austria 2013, 20f)

Eines der Werke des Mitbegründers von Parecon, Michael Albert, trägt den Titel „Parecon: Life after Capitalism“ (vgl. Albert 2003). Aus dem Titel ist bereits zu erkennen, dass es sich auch hier wieder um ein Konzept zur Transformation des Wirtschaftens handelt, und, dass Solidarische Ökonomie in ihrer Transformationsfunktion gedacht wird. Die Werte, die dem Parecon-Konzept zugrunde gelegt sind, decken sich vielfach mit den Prinzipien Solidarischer Ökonomie (vgl. 2), somit kann dieses Wirtschaftskonzept zur Solidarischen Ökonomie gezählt werden. Das Konzept der Partizipatorischen Ökonomie gibt auch wieder Ziele vor, in welche Richtung die Transformation ablaufen soll. Es bietet allerdings vorerst keine Strategie, wie die genaue Umsetzung aussehen könnte. Zu vermuten ist, dass am Beginn mehrstufige partizipatorische Aushandlungsprozesse notwendig sind, um die einzelnen vorgeschlagenen Punkte gesellschaftlich festzulegen und eine Übereinkunft über die Art und Weise zu wirtschaften zu finden.

Die Beiträge vom Kongress 2013 zeigen die vielfältigen Ideen, die zum Wandel der Wirtschaftsweise im Sinne einer Solidarischen Ökonomie bestehen. Fast allen Beiträgen geht es darum, konkrete Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem aufzuzeigen und zur Diskussion zu stellen. Kaum einer entwirft dabei jedoch ein umfassendes Konzept, das verschiedene Bereiche des Wirtschaftens beinhaltet und auch auf konkrete Strategien und Möglichkeiten der Umsetzung eingeht.

Daher möchte ich an dieser Stelle noch ein weiteres Konzept vorstellen, das sich in umfassender Weise mit der Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems hin zu einem lebensdienlichen, solidarischen Wirtschaften beschäftigt.

**Der Ansatz der Akademie Solidarische Ökonomie nach Bender:** Die Akademie Solidarische Ökonomie hat ein Buch unter dem Titel „Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation“ (Bender et al. 2012) herausgegeben, in dem sich die Autoren Strategien und Ansatzpunkte für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation überlegt haben, die für die Solidarische Ökonomie höchst relevant sind.

Der Autor des Kapitels zu gesellschaftlichem Wandel, Harald Bender, sieht die Ursachen für die Krisen der Wirtschafts- und Sozialsysteme, des Finanzsystems und des ökologischen Systems in der „Kapitalwirtschaft“ (Bender 2012, 207) und stellt sich die Frage, wie ein „solidarisches statt konkurrenzgetriebenes, ein lebensdienliches statt profitmaximierendes Wirtschaftssystem entwickelt werden kann (...)“ (Bender 2012, 207). Dazu sei ein Grundlagenwechsel des Systems notwendig, da sich die Ziele Solidarischer Ökonomie nicht mit der Steuerung der Wirtschaft durch die Akkumulation von Kapital vertragen. (vgl. ebd.)

In dem Buch wird Solidarische Ökonomie als „eine Wirtschaftsweise, die Wirtschaften nicht als Konkurrenz, sondern als kooperativen Prozess zum Nutzen der ganzen Gesellschaft

gestalten will“ (Bernholt 2012, 51), definiert. In dieser Wirtschaftsweise werden die Menschenwürde und die Grundrechte der Menschen geachtet, es wird nach den Prinzipien der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit gehandelt und die Sicherung des Gemeinwohls wird der Berücksichtigung ökonomischer oder gesellschaftlicher Sonderinteressen vorangestellt. (vgl. ebd., 53)

Bender definiert Transformation als eine Umformung im Sinne einer Verwandlung in eine neue Form (vgl. Bender 2012, 212). Dabei soll es zu einer grundlegenden Änderung der Wirkungszusammenhänge von Wirtschaft und Gesellschaft kommen. Er grenzt den Begriff Transformation vom Begriff der Reform ab, da Reformen zwar auch Veränderungen bringen, die bisherigen Strukturen und Zusammenhänge jedoch in ihren Grundkonzepten bestehen bleiben. Bender (2012, 213) betont, dass Transformationsprozesse immer auch historische Prozesse sind, die nicht einseitig geplant und durchgesetzt werden können, sondern die der Wirkkraft sozialer Bewegungen und einschneidender Ereignisse bedürfen, um Platz für neue Deutungen zu schaffen. Transformationen sind zwar nur bedingt planbar, gleichzeitig kann jedoch die Wahrscheinlichkeit des Transformationsprozesses planbar erhöht werden (vgl. ebd., 209).

Der Kapitalismus birgt inhärente Widersprüche, die richtungsweisende Transformationsziele ableiten lassen. Der erste Widerspruch findet sich im Anspruch der grenzenlosen Kapitalakkumulation im Kapitalismus und der gleichzeitigen Begrenztheit der sozialen und ökologischen Ressourcen in einer endlichen Welt und in einer Welt, die den Anspruch nach einer lebensdienlichen politischen Gestaltung hegt (vgl. Bender 2012, 214). Der zweite Widerspruch zeigt sich in „der vermeintlichen Freiheit der Gestaltung der Lebensumstände durch erfolgreiche Kapital- und Warenakkumulation und der faktischen Unfreiheit des Handelns in immer undurchdringlicheren Zwängen (...)“ (Bender 2012, 215). Wesentliche Ziele der Transformation lassen sich aus diesen Widersprüchen ableiten (vgl. Bender 2012, 215):

- Überwindung des Wachstumszwanges
- Erschließung und Wiedergewinnung kapitalferner Handlungsräume
- Ein durchsetzungsfähiges Primat demokratischer und partizipativer Politik
- Demokratisierung der Wirtschaft

Für eine systematische Transformationsstrategie macht Bender (2012, 222) mindestens drei Strategiefelder aus, die bestehende Strukturen verändern sollen, sodass Wendesituationen wahrscheinlicher gemacht werden und bessere Chancen für Alternativen erschlossen werden können. Das erste Strategiefeld besteht im Aufbau solidarwirtschaftlicher Projekte. Innerhalb dieser Projekte können neue Handlungsweisen, die auf partizipativen und

solidarischen Werthaltungen beruhen, entwickelt und erprobt werden. Durch die Etablierung solidarwirtschaftlicher Projekte können die Werthaltungen auch über die konkreten Projekte hinaus Bedeutung erlangen und so einen sozialen Wandel vorantreiben (vgl. auch die Potenziale Solidarischer Ökonomie nach Mittendrein 4.3).

Ein zweites Strategiefeld stellt der systemische und institutionelle Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft dar. Dabei geht es um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für solidarisches Wirtschaften auf politischer Ebene aber auch um einen institutionellen Umbau, also eine Änderung zentraler Gesetze in Richtung eines solidarischen Wirtschaftens bis hin zur Verankerung der Transformationsziele in der Verfassung. (vgl. Bender 2012, 224)

Das dritte Strategiefeld besteht aus Bewegungsarbeit und Mobilisierung. Um die Transformation voranzutreiben müssen strategische Überlegungen in operative Maßnahmen umgesetzt werden. Bei der Mobilisierung einer Vielzahl an Menschen spielen die Medien eine zentrale Rolle. Die Frage nach einem lebensdienlichen Wirtschaften muss auf einer möglichst breiten sozialen Ebene diskutiert werden und es müssen Identifikationsmöglichkeiten für eine breite Masse an Menschen geboten werden. Dazu müssen die Konzepte Solidarischer Ökonomie über verschiedene Medien verbreitet werden und Öffentlichkeit erlangen. Eine wichtige Rolle können dabei auch neue Medien wie das Internet oder soziale Netzwerke spielen. (vgl. Bender 2012, 227)

Das Szenario der Transformation kann auf zwei Arten passieren, die durchaus auch gleichzeitig von statten gehen können. Einerseits entwickeln sich Strukturen solidarischer Ökonomie in konkreten Projekten und Initiativen und bilden somit eine aktive solidarwirtschaftliche Bewegung, die sich kontinuierlich für die verbesserten Rahmenbedingungen solidarischen Wirtschaftens stark macht. Andererseits wird es im kapitalwirtschaftlichen System immer wieder zu Krisen und „Kippunkten“ kommen, an denen die Möglichkeit einer Transformation in größerem Rahmen gegeben sein wird (vgl. Bender 2012, 228). Je besser zu diesen Zeitpunkten solidarisches Wirtschaften bereits etabliert ist und je größer die angebotenen Handlungsalternativen sind, umso leichter lässt sich der Transformationsprozess auch durchsetzen. (vgl. ebd.) Ein Beispiel stellen dabei die Betriebsbesetzungen in Argentinien dar (vgl. 3.2), bei denen eine krisenhafte Situation zum Aufbau solidarökonomischer Wirtschaftsaktivitäten genutzt wurde.

Der Autor (vgl. Bender 2012, 228) betont, dass sich eine realistische Transformationsstrategie vorerst mit der parallelen Existenz solidarischer und kapitalistischer Wirtschaftsformen zufrieden geben muss (vgl. dazu Mondragón 5.2), da mit der Umsetzung Solidarischer Ökonomie nicht bis nach der Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien gewartet werden kann. Dies bedeutet jedoch auch, dass solidarisches Wirtschaften zunächst in Nischen auftritt und häufig prekäre Formen annimmt (vgl. 2.1), da

die Rahmenbedingungen noch nicht auf die neuen solidarischen Werthaltungen angepasst sind (vgl. Bender 2012, 228) Wie bereits oben erwähnt stellen diese konkreten Projekte jedoch ein wichtiges Strategiefeld der Transformation dar und bilden schlussendlich die Voraussetzung für den grundsätzlichen Wandel, da nur durch sie die notwendigen Alternativen entstehen (vgl. ebd.).

Wie genau dann der Transformationsprozess von statten geht, lässt sich im Vorhinein schwer voraussagen, da dies von den Eigenschaften des „Kipppunktes“ und der Transformationsdynamik der Gesellschaft abhängt. Ob es also ein langsamer Prozess des schrittweisen Übergangs sein wird oder ob es zu einem plötzlichen Umbruch und einer schnellen gesellschaftlichen Umwälzung kommt, kann aus heutiger Sicht nicht beantwortet werden. Es gilt jedoch, sich auf beide Szenarien einzustellen und flexibel auf die jeweiligen „Zeichen der Zeit“ (Bender 2012, 233) zu reagieren, mögliche Kipppunkte zu erkennen und diese zu verstärken, sowie kontinuierlich am Ausbau konkreter solidarökonomischer Initiativen zu arbeiten. (vgl. ebd., 232)

Das Transformationskonzept nach Bender zeigt eindeutige Handlungsoptionen auf, die einen möglichen Transformationsprozess des Wirtschaftssystems verstärken können. Es kann daher sowohl für TheoretikerInnen, die sich mit Solidarischer Ökonomie auseinandersetzen, hilfreich sein, um Solidarische Ökonomie und ihre Transformationsfunktion besser einordnen zu können. Es kann aber auch in der Praxis Solidarischer Ökonomie Tätigen behilflich sein, um neue Zielsetzungen und Entwicklungspotenziale für solidarökonomische Initiativen zu definieren. Auch für die noch folgenden Kongresse Solidarischer Ökonomie könnte es spannend sein, Transformationskonzepte wie das von Bender im Zusammenhang mit Solidarischer Ökonomie zu diskutieren und weiterzuentwickeln.

Die Kongresse Solidarischer Ökonomie im deutschsprachigen Raum ermöglichen durch die Vernetzung unterschiedlichster Initiativen und TheoretikerInnen einerseits, immer mehr Menschen zur aktiven Betätigung in der Solidarischen Ökonomie zu motivieren und dadurch die Verbreitung Solidarischer Ökonomie zu fördern. Auch kann die Vernetzung, im Sinne der Kooperation, zur gegenseitigen Unterstützung der einzelnen Initiativen führen. Andererseits ermöglicht die Diskussion, die auf den Kongressen geführt wird, das Bild Solidarischer Ökonomie zu schärfen und gemeinsame Anliegen zu erkennen. Dies hilft einerseits dabei, gemeinsame Forderungen an die Politik zu formulieren um die Rahmenbedingungen für solidarisches Wirtschaften zu schaffen, andererseits können so mögliche „Kippsituationen“ gezielt für die Etablierung einer Solidarischen Ökonomie genutzt werden. Die Kongresse stellen also im deutschsprachigen Raum einen wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg zur Transformation des Wirtschaftssystems hin zu einer Solidarischen Ökonomie dar.

## 6 Conclusio

Diese Arbeit setzte sich mit der Frage auseinander, welche Formen Solidarischer Ökonomie sich in den drei Ländern Argentinien, Griechenland und Österreich finden lassen und was für Funktionen diese solidarökonomischen Initiativen dabei im Spannungsfeld zwischen Selbsthilfe und Transformation für die betroffenen Menschen erfüllen.

Solidarische Ökonomie ist zumeist kein einheitlich definierter Begriff und ein gemeinsames Verständnis muss meist erst erarbeitet werden. Dabei kann, wie in Kapitel 2 vorgeschlagen, auch der Schluss gezogen werden, Solidarische Ökonomie als offenen Begriff zu führen und diesen nicht definitorisch einzugrenzen. Trotzdem tritt Solidarische Ökonomie in vielen Ländern in unterschiedlichsten Formen auf. Die drei Länderbeispiele in den Kapiteln 3-5 haben Solidarische Ökonomie in der Form selbstverwalteter Betriebe, Tauschkreise, selbstverwalteter Cafés, ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Kooperativen oder Zeitbanken gezeigt.

Im Vergleich der Funktionen Solidarischer Ökonomie in den drei Ländern lässt sich feststellen, dass Solidarische Ökonomie nicht überall die gleichen Funktionen erfüllt. Während Solidarische Ökonomie in Argentinien hauptsächlich eine eher kurzfristige Selbsthilfefunktion erfüllt, werden in Griechenland durch den ausgelösten Wertewandel, aber auch durch die starke politische Verankerung der griechischen Gesellschaft für die aktiven Menschen Transformationsfunktionen erfüllt. Aber auch in Griechenland kann Solidarische Ökonomie in wirtschaftlichen Krisenzeiten benötigte Selbsthilfestrukturen zur Verfügung stellen.

In Bezug auf Österreich schreiben Exner/Kratzwald (2012, 42), dass sich Solidarische Ökonomie im deutschsprachigen Raum weitgehend als eine Bewegung versteht, die eine Alternative zum Kapitalismus bieten will und sich in Verbindung mit sozialen Kämpfen positioniert. Die Transformationsfunktion Solidarischer Ökonomie wird also in der deutschsprachigen Diskussion stark hervorgehoben. Dies zeigt sich auch anhand der, in Kapitel 5.2 und 5.3 beschriebenen, Beiträge der Dokumentation zum Kongress Solidarische Ökonomie.

Solidarische Ökonomie stellt in Zeiten wirtschaftlicher Krisen hilfreiche Strukturen für wirtschaftliche Selbsthilfe zur Verfügung. Wie Konzepte, wie das von Bender zeigen, können aber die konkreten Initiativen auch einen ersten Schritt bei der Transformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems darstellen. Diese bergen das Entwicklungspotenzial in sich, den Grundstein für ein neues Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu legen. Im vollendeten Fall wird durch die Transformation auch die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus abgelöst und somit die Notwendigkeit wirtschaftlicher Selbsthilfe überflüssig gemacht.

Wirtschaftskrisen können als Wendepunkte für Transformation gesehen werden. Allerdings müssen, um die Transformation auch wirklich zu ermöglichen, Konzepte vorliegen, wohin die neue Ausrichtung des Wirtschaftens gehen soll. Diese Konzepte müssen einerseits auf breiter gesellschaftlicher Ebene ausgehandelt werden, andererseits ist es auch wichtig, in der Praxis Solidarischer Ökonomie gemachte Erfahrungen mitzuteilen und sich mit anderen darüber auszutauschen. Diese Möglichkeit bieten Kongresse Solidarischer Ökonomie, wie sie in Österreich und Deutschland stattgefunden haben (vgl. 5.1).

Eine Wirtschaftskrise kann über primär an Selbsthilfe Interessierte auch dazu führen, dass diese sich längerfristig für Solidarische Ökonomie engagieren. Allerdings braucht es dazu anscheinend bereits eine gewisse politisch interessierte Grundhaltung, wie sie zum Beispiel in Griechenland vorhanden ist (vgl. 4.3), damit sich die Werte und Einstellungen der aktiven Menschen auch tatsächlich ändern. Das Beispiel Argentinien hat im Kapitel 3 gezeigt, dass die Nutzung Solidarischer Ökonomie zur Selbsthilfe nicht automatisch auch den Wunsch nach Transformation in den Menschen weckt. Die Bedingungen, unter denen die Tätigkeit in der Solidarischen Ökonomie auch tatsächlich zu einem Wertewandel führt, gilt es weiter zu untersuchen.

Die Funktionen Solidarischer Ökonomie Selbsthilfe und Transformation stehen also in einer gewissen Wechselwirkung zueinander. Auch wenn die Analyse in dieser Arbeit gezeigt hat, dass in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt werden, was die Funktionen betrifft, so können diese durchaus auch gemeinsam auftreten und sich gegenseitig bedingen, wie das Beispiel Griechenland im Kapitel 4 gezeigt hat.

## 7 Literaturverzeichnis

- Albert**, Michael (2003): Parecon. Life after Capitalism. Verso-Verlag, London.
- Altvater**, Elmar (2006): Solidarische Wirtschaften: prekär oder emanzipativ? In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA Verlag, Hamburg. 9-21
- Bender**, Harald (2012): Transformationsstrategien und Wandlungsprozesse. In: Bender, Harald/Bernholt, Norbert/Winkelmann, Bernd: Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation. Oekom-Verlag, München. 207-234
- Bernholt**, Norbert (2012): Leitvorstellungen und Prämissen einer Solidarischen Ökonomie. In: Bender, Harald/Bernholt, Norbert/Winkelmann, Bernd: Kapitalismus und dann? Systemwandel und Perspektiven gesellschaftlicher Transformation. Oekom-Verlag, München. 51-62
- Boris**, Dieter/Tittor, Anne (2006): Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen. VSA-Verlag, Hamburg.
- Dokumentation Kongress 2009** Online unter: [http://www.solidarische-oekonomie.at/index.php?option=com\\_content&view=article&id=121&Itemid=90](http://www.solidarische-oekonomie.at/index.php?option=com_content&view=article&id=121&Itemid=90) [25.5.2014]
- Eder**, Hans (2003): Der „Factor C“. Kern einer anderen Wirtschaft, Gesellschaft und Zivilisation. In: Solitat Nr. 42, S. 2-3. Online unter: <http://www.intersol.at/bildung/solitat/> [17.3.2014]
- EL.STAT** (2013): Press Release. Statistics on Income and Living Conditions 2012. S. 14  
Online unter: [http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/PAGE-themes?p\\_param=A0802&r\\_param=SFA10&y\\_param=2012\\_00&mytabs=0](http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE/PAGE-themes?p_param=A0802&r_param=SFA10&y_param=2012_00&mytabs=0) [16.5.2014]
- EL.STAT** 2014. Online unter: <http://www.statistics.gr/portal/page/portal/ESYE> [16.5.2014]
- Embshoff**, Dagmar/Giegold, Sven (2008) (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. VSA Verlag, Hamburg.
- Exner**, Andreas/Kratzwald, Brigitte (2012): Solidarische Ökonomie und Commons. Intro. Eine Einführung. Mandelbaum Verlag, Reihe „Kritik & Utopie“, Wien.
- Geiger**, Margot (2006): Betriebsbesetzungen in Argentinien. In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA Verlag, Hamburg. 92-102
- Gubitzer**, Luise (1989): Geschichte der Selbstverwaltung. AG-SPAK-Verlag, München.

- Gubitzer, Luise (2007):** Was hat der Schumpetersche Unternehmer mit den Desperate Housewives zu tun? Eine Annäherung an das Thema Menschenbild in der Ökonomie. In: Grisold, Andrea/Gubitzer, Luise/Pirker, Reinhard: Das Menschenbild in der Ökonomie. Eine verschwiegene Voraussetzung. Löcker Verlag, Wien. 33-72
- Gubitzer, Luise (2009):** 5-Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft. In: Verein JOAN ROBINSON u.a. (Hg.): Wirtschaft anders denken. Handbuch Feministische Wirtschaftsalphabetisierung. Eigenverlag, Wien. 35-67
- Giegold, Sven (2013):** SÖ-Veranstaltungen Deutschland, Berlin 2006, Kassel 2012, Berlin 2015. In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ 2013. Eigenverlag, Wien. 61-62
- Habermann, Friederike (2004):** Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien. Ulrike Helmer Verlag, Königstein/Taunus
- Hille, Kristina (2009):** Die empresas recuperadas in Argentinien. Selbsthilfe von Erwerbslosen in Krisenzeiten. Tectum Verlag, Marburg.
- Hurch-Idl, Bert (2013):** Starthilfe Wohnen – Solidarsparbuch. Projektbeschreibung „Starthilfe Wohnen“. In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie 2013“. Wien. 94-95
- IOPS Austria (2013):** Parecon – Eine alternative Wirtschaftsvision. IOPS und Parecon als eine von vielen möglichen Visionen. In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ 2013. Eigenverlag, Wien. 20
- Klawatsch-Treitl, Eva (2009):** Menschenbild der Ökonomie. Einstieg zum Thema. In: Verein JOAN ROBINSON u.a. (Hg.): Wirtschaft anders denken. Handbuch Feministische Wirtschaftsalphabetisierung. Eigenverlag, Wien. 76
- Marterbauer, Markus (2011):** Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Deuticke Verlag, Wien.
- Mittendrein, Lisa (2013):** Solidarität ist alles, was uns bleibt. Solidarische Ökonomie in der griechischen Krise. AG SPAK-Bücher, Neu-Ulm.
- Oberhuemer, Lukas (2010):** Solidarische Ökonomie als Alternative zum Kapitalismus? Das Beispiel der selbstverwalteten Betriebe in Argentinien. Masterarbeit an der Universität Wien.
- Organisationsgruppe (2013):** Warum ein Kongress Solidarische Ökonomie? In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ 2013. Eigenverlag, Wien. 117-119

- Razeto, Luis** (1999): Solidarwirtschaft: Begriff, Realität und Projekt. Online unter:  
<http://www.luisrazeto.net/content/solidarwirtschaft-begriff-realit%C3%A4t-und-project>  
 [19.3.2014]
- Roth, Karl Heinz** (2013): Griechenland und die Euro-Krise. Online unter:  
<http://www.sopos.org/aufsaeetze/50dc887f5e504/1.phtml> [21.5.2014]
- Rößl, Dietmar/Hatak, Isabella/Radkovics, Stefan** (2014): Das Image von Genossenschaften in Österreich: eine unbekannte aber sympathische Organisationsform. Facultas Verlag, Wien.
- Scharschinger, Katharina** (2008): Selbstverwaltete Betriebe – Ein theoretisches Modell oder eine praktische Lösung? Diplomarbeit an der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Schaschko, Mario** (2010): Neugründungen von Genossenschaften in Österreich. Eigenverlag des Forschungsvereins für Genossenschaftswesen, Wien.
- Schuster, Gerhard** (2013): Europa 2019 – Bedarfsorientiertes Wirtschaften und dienendes Geldwesen in der neuen sozialen Architektur für das 21. Jahrhundert. In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ 2013. Eigenverlag, Wien. 15
- Sotiropoulou, Irene** (2011): Transactions without Euros in Times of Crisis: Coincidence, Affinity or Challenge. Online unter:  
[http://www.academia.edu/2330014/TRANSACTIONS\\_WITHOUT\\_EUROS\\_IN\\_TIMES\\_OF\\_CRISIS\\_COINCIDENCE\\_AFFINITY\\_OR\\_CHALLENGE](http://www.academia.edu/2330014/TRANSACTIONS_WITHOUT_EUROS_IN_TIMES_OF_CRISIS_COINCIDENCE_AFFINITY_OR_CHALLENGE) [21.5.2014]
- Sotiropoulou, Irene** (2012): Exchange networks and parallel currencies: Theoretical approaches and the case of Greece. Dissertation an der Universität Kreta. Online unter:  
[http://www.academia.edu/2343900/Sotiropoulou\\_2012\\_Exchange\\_networks\\_and\\_parallel\\_currencies\\_Theoretical\\_approaches\\_and\\_the\\_case\\_of\\_Greece](http://www.academia.edu/2343900/Sotiropoulou_2012_Exchange_networks_and_parallel_currencies_Theoretical_approaches_and_the_case_of_Greece) [21.5.2014]
- Uriona, Viviana Ines** (2006): Moralische Ökonomie und solidarisches Wirtschaften in der argentinischen Gesellschaft. In: Altvater, Elmar/Sekler, Nicola (Hg.): Solidarische Ökonomie. Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac. VSA Verlag, Hamburg. 85-91
- Uriona, Viviana Ines** (2007): Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001. Strategische Debatten und praktische Erfahrungen. University Press, Kassel.
- Verein für Solidarische Ökonomie** (2013) (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie 2013“. Wien.
- Voß, Elisabeth** (2008): Solidarische Ökonomien als Alternativen zum Neoliberalismus. In: Embshoff, Dagmar/Giegold, Sven (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. VSA Verlag, Hamburg. 62-64

- Voß**, Elisabeth (2010): Wegweiser Solidarische Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich. AG SPAK-Bücher, Neu-Ulm.
- Voß**, Elisabeth (2012): Solidarische Ökonomie als wirtschaftliche Selbsthilfe und in gesellschaftlicher Dimension. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra: Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Westfälisches Dampfboot, Münster. 243-259
- Voß**, Elisabeth (2013): Alternative und solidarische Ökonomien von den 1970er Jahren bis heute. In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ 2013. Eigenverlag, Wien. 13-14
- Voß**, Elisabeth (2013a): Der Genossenschaftsverbund Mondragón im spanischen Baskenland. In: Verein für Solidarische Ökonomie (Hg.): Solidarisch Wirtschaften. Dokumentation des Kongresses „Solidarische Ökonomie“ 2013. Eigenverlag, Wien. 18-19
- Waldert**, Helmut (1992): Gründungen. Starke Projekte in schwachen Regionen. Falter Verlag, Wien.
- Williamson**, John (2008): A short History of the Washington Consensus. In: Serra, Narcis/Stiglitz, Joseph E.: The Washington Consensus reconsidered. Towards a new Global Governance. Oxford University Press, New York. 14-30

## **7.1 Verwendete Internetquellen**

[portal.mte.gov.br](http://portal.mte.gov.br)

[www.solidarische-oekonomie.at](http://www.solidarische-oekonomie.at)

[www.intersol.at](http://www.intersol.at)

[www.statistics.gr](http://www.statistics.gr)

[www.luisrazeto.net](http://www.luisrazeto.net)

[www.sopos.org](http://www.sopos.org)

[www.academia.edu](http://www.academia.edu)

[www.mondragon-corporation.com](http://www.mondragon-corporation.com)